

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Ettlinger Zeitung. 1949-1973 1951

243 (17.10.1951)

ETTTLINGER ZEITUNG

Erscheinungsweise: Täglich mittags außer sonntags. — Durch die Post 2.50 DM, zuzüglich 54 Pf. Zustellgeld. — Einzelnummer 15 Pf. — Frei Haus 2.80, im Verlag abgeholt 2.50 DM

Badischer Landmann
gegründet 1896



Süddeutsche Heimatzeitung
für den Albgau

Anzeigenpreis: die 6-gespaltene Millimeterzeile 15 Pf. — (Preisliste Nr. 1.) (Tel. aufgegeben, Inserate ohne Gewähr.) Abbestellungen können nur bis 25. auf den Monatsersten angenommen werden.

8./52. Jahrgang

Mittwoch, den 17. Oktober 1951

Nr. 243

Scharfer Konflikt zwischen Dehler und DGB

Kontroverse um eine nicht gehaltene Rede — Bedauerliche Spannungen eingetreten

Bonn (UP). Nachdem es bei den letzten Besprechungen zwischen Mitgliedern des Bundeskabinetts und des DGB-Vorstandes noch zu keiner Einigung kam, wurde die Situation jetzt dadurch in unangenehme Weise verschärft, daß der Bundesvorstand des DGB und der Hauptvorstand der Industriegewerkschaft Bergbau ihre Teilnahme an einer Besprechung, die am Dienstagabend im Bundeswirtschaftsministerium über Maßnahmen zur Steigerung der Kohlenförderung stattfinden sollte, abgesagt haben. Ursache dazu ist eine Rede, die Bundesjustizminister Dr. Dehler am Dienstagabend über den Bayerischen Rundfunk halten wollte. Ihr schon vor der Sendung bekannt gewordene Text veranlaßte den DGB-Vorstand zu einem Schreiben an Bundeskanzler Dr. Adenauer, in dem festgestellt wird, daß der DGB angesichts der beleidigenden und verleumdenden Behauptungen des Bundesjustizministers über die Gewerkschaften, die alles bisher dagewesene überbieten, keine Möglichkeit für die geplante Besprechung sehe. Falls hierdurch eine Beeinträchtigung der Wirtschaftslage eintrete, dann treffe die Verantwortung dafür allein den Bundesjustizminister.

Von maßgebender Seite des DGB-Vorstandes wurde zu den Ausführungen Dehlers erklärt, daß Ton und Inhalt seiner Auslassungen dazu angetan seien, „bei einem jeden anständigen und politisch reifen Menschen“ Verachtung über das geistige Niveau dieser Auslassungen und Bestürzung über die mangelnden historischen Kenntnisse eines Bundesministers hervorzuheben. Über den „Fall Dehler“, der durch seine unsachlichen und maßlosen Reden nicht nur im nationalen Leben, sondern auch international schon sehr viel Schaden angerichtet habe, sei das letzte Wort noch nicht gesprochen.

Der Bundesjustizminister hat daraufhin seine angekündigte Rundfunkrede zurückgezogen. In ihr wollte er Dehler als die Tragik der deutschen Gewerkschaftsbewegung bezeichnen, „daß sie in die Hand von Männern geraten ist, die sich aus ihren marxistischen Wahnideen nicht lösen können.“ Überall da, wo nach ihren wirtschaftlichen Rezepten verfahren werden sei, habe der Lebensstandard eine Senkung erfahren, sie kämen immer wieder mit „den alten Ladedulden von der Sozialisierung, der Bedarfsdeckungswirtschaft, der Wirtschaftsdemokratie, vom Mitbestimmungsrecht und der Vollbeschäftigungspolitik“. Ihre ganze Weisheit habe in einer Überstärkung der „wahrheitswidrigen“ Hilterschen Zwangswirtschaft bestanden, sie hätten kläglich versagt, als es gegolten habe, „dem Tyrannen entgegenzutreten“.

Im Bundestag nimmt man an, daß der Bundeskanzler die Zurückziehung der Dehler-Rede verlanzt habe.

Deutschland — entscheidendes Problem

Erklärung des dänischen Außenministers

Kopenhagen (UP). Der dänische Außenminister Kraft bezeichnete vor dem Parlament in Kopenhagen die künftige Entwicklung der staatsrechtlichen Stellung Deutschlands als eines der entscheidendsten Probleme Westeuropas. Es wäre — so sagte der Außenminister — falsch und widerspräche den eigenen Interessen der westlichen Demokratien, würden sie die Zusammenarbeit mit Deutschland ablehnen und Deutschland überdies die Möglichkeit vorenthalten, sich gemeinsam mit den Westmächten an der Verteidigung Europas zu beteiligen. Der deutsche Militarismus müsse für immer ausgeschaltet werden. Eine deutsche Beteiligung an der Verteidigung Europas und der deutsche Militarismus seien zwei völlig verschiedene Dinge, die nichts miteinander zu tun hätten. Ein neues Deutschland sei entstanden, das entschlossen den Weg zur Demokratie betrete habe. Alle westeuropäischen Staaten, vor allem diejenigen, die einmal von Deutschland besetzt waren, müßten jedoch die weiteren Pläne Deutschlands genau im Auge behalten.

Senatsausschuß kürzt Auslandshilfe

Washington (UP). Der Bewilligungsausschuß des US-Senats strich fünf Prozent von der Summe, die das Plenum des Repräsentantenhauses für die Auslandshilfe genehmigt hatte. Gleichzeitig beschloß der Senatsausschuß aber, in das Auslandshilfe-Bewilligungsgesetz einen Posten von 100 Millionen Dollar an wirtschaftlicher und militärischer Hilfe für Spanien einzusetzen, den der Präsident gänzlich beantragt hatte.

Nach nichtamtlichen Schätzungen beläuft sich die vom Senatsausschuß empfohlene Bewilligung für die Auslandshilfe, einschließlich der 100 Millionen Dollar für Spanien auf 7,2 Milliarden Dollar. Die genaue Summe wird erst später veröffentlicht.

Spyonage für McCarthy

Lausanne (UP). Charles Davis, ein 23-jähriger Amerikaner, wurde von einem Schweizer Gericht zu acht Monaten Gefängnis und Landesverweis verurteilt. Er hatte für den US-Senator McCarthy politische Informationen über amerikanische Diplomaten im Ausland gesammelt. Davis wurde auch schuldig befunden, Nachrichten über linksgerechte Schweizer und Amerikaner an das US-Generalkonsulat in Genf und die US-Botschaft in Paris geliefert zu haben.

Sowjetunion muß Farbe bekennen

Adenauer dankt den Westmächten — Grotewohl wich aus — Regierungserklärung im Bundestag

Bonn (UP). Bundeskanzler Dr. Adenauer gab am Dienstag überraschend eine Regierungserklärung ab, in der er den Westmächten für ihre Unterstützung der Bonner Forderungen für gesamtdeutsche Wahlen dankte und zugleich dem Ostzonen-Ministerpräsidenten Grotewohl vorwarf, den konkreten Vorschlägen der Bundesregierung und des Bundestages ausgewichen zu sein, während er andererseits die Verhandlungen der Bundesrepublik mit den Westalliierten stören wolle.

Die Erklärung wurde vom Kanzler durch die Wiedergabe der Note der drei Westmächte an die Bundesregierung eingeleitet. In der diese zugesagt hatten, bei den UN die Einsetzung einer Untersuchungskommission zur Prüfung von Voraussetzungen für Wahlen in ganz Deutschland zu beantragen. Den UN — so fuhr Dr. Adenauer fort — gebäre aber auch Sowjetrußland an, dem nunmehr Gelegenheit gegeben werde, zu zeigen, ob es die Durchführung geheimer, freier und gerechter Wahlen in ganz Deutschland wolle oder nicht. Und außerdem werde bei diesen Verhandlungen Klarheit darüber geschaffen, ob die Einheit

Deutschlands in Freiheit auch von Sowjetrußland befürwortet werde, oder ob es diese Vereinigung nicht wünsche.

Grotewohl habe in seiner letzten Rede vor der Volkskammer zu keinem einzelnen Punkt der Erklärung der Bundesregierung und der Beschlüsse des Bundestages positive Stellung genommen. Er habe auch nicht gesagt, mit welchen der 14 Bonner Punkte er sich einverstanden erkläre. Zu dem Verlangen nach einer UN-Kommission habe er geschwiegen, aber die Forderung erhoben, daß der Bundestag die Einstellung der Verhandlungen der Bundesregierung mit den Alliierten verlange. „Herr Grotewohl geht also nicht auf die positiven Vorschläge ein, weil er sich dann auch zu der Frage wahrhaft freier Wahlen äußern müßte. Vor dieser Frage weicht er aus, indem er auf seine früheren gesamtdeutschen Beratungen zurückkommt.“ Augenscheinlich habe Grotewohl seine Forderung nur gestellt, um die Verhandlungen der Bundesregierung mit den Westalliierten zu stören. „Jene Verhandlungen, die das Endziel haben, die Freiheit für Gesamtdeutschland zu erwirken.“

Haushalt des Bundeskanzlers genehmigt

Trotz Gegnerschaft von SPD, KPD und Zentrum — Debatte um die Außenpolitik

Bonn (UP). Der Bundestag verabschiedete in zweiter Lesung den 8,7 Millionen DM betragenden Haushalt des Bundeskanzleramts für 1951/52. SPD, KPD und Zentrum stimmten dagegen.

Bundeskanzler Dr. Adenauer wies im Verlauf einer ausführlichen und heftigen Diskussion den sozialdemokratischen Vorwurf zurück, die Bundesregierung betreibe bei ihren Verhandlungen mit den Hochkommissaren eine Politik der Vorleistungen. Er erwiderte damit vor allem auf die Angriffe des zweiten Vorsitzenden der SPD, Erich Ollenhauer, der behauptete, durch einseitige unvollständige Unterrichtung der Öffentlichkeit über den Stand der Verhandlungen sei der Eindruck entstanden, daß der deutsche Verhandlungspartner den Standpunkt der Alliierten akzeptiert habe. Die SPD mißtraue Form und Inhalt der Washingtoner Beschlüsse.

Ollenhauer wies auf die Saarnote der Westmächte vom August dieses Jahres hin, in der festgestellt worden sei, daß nach Ansicht der Alliierten die Zuständigkeit der Bundesregierung nicht über die territorialen Grenzen der Bundesrepublik hinausgehe. Dieser Standpunkt werde nicht nur für die Behandlung der Saarfrage, sondern auch der Frage der deutschen Einheit unannehmbare Folgen haben. Die SPD habe den Eindruck, daß die Bundesregierung die Eingliederung der Bundesrepublik in die westeuropäische Verteidigungsgemeinschaft unter allen Umständen, auch mit der Anerkennung der Washingtoner Beschlüsse, erreichen wolle.

Der SPD-Redner erklärte im weiteren Verlauf der Debatte, ein Bekenntnis zur Monarchie sei genau so verfassungswidrig, wie ein Bekenntnis zur kommunistischen oder neofaschistischen Diktatur. Monarchisten seien als Beamte oder Repräsentanten der Bundesregierung untragbar. Mit dieser Erklärung zielte Ollenhauer offenkundig auf die kürzlichen Äußerungen des Staatssekretärs von Merkatz hin, der sich zu monarchistischen Ideen bekannt hatte.

Vor Eintritt in die Debatte über den Haushalt des Auswärtigen Amtes bezeichnete der SPD-Abgeordnete Erler die Verwendung von Deutschen Dienstgruppen, die den alliierten militärischen Verbänden angeschlossen sind, als einen Vorgriff auf einen etwaigen deutschen Verteidigungsbeitrag ohne deutsche Zustimmung. Die SPD verlange von der Bundesregierung, darauf hinzuwirken, daß Deutsche bei den Besatzungsmächten nicht mehr zum Dienst mit der Waffe herangezogen werden, sondern nur in einem normalen Arbeitsverhältnis tätig sind.

In einem weiteren Antrag protestierte die Bayernpartei gegen die Beschlagnahme deutscher Auslandsvermögen durch die Alliierten.

Wiedervereinigung nur mit dem Westen

In der eigentlichen Debatte über die Außenpolitik erklärte Bundeskanzler Dr. Adenauer, die Wiedervereinigung Deutschlands in Freiheit könne nur in einer Zusammengehörigkeit mit dem Westen erreicht werden. „Wir wollen kein vereinigtes Deutschland unter sowjetrussischer Einflusphäre.“ Der SPD-Abgeordnete Lütjens behauptete demgegenüber, die von der Bundesregierung verfolgte Politik der unbedingten Integration Europas könne eine deutsche Wiedervereinigung auf Jahrzehnte hinausschieben. Auf Grund der gesamten internationalen Lage sei es nicht möglich, die Souveränität für die Bundesrepublik wiederherzustellen, noch sei diese Wiederherstellung der Souveränität vor einer Wiedervereinigung Deutschlands wünschbar. Die Wiederherstellung der inneren Autonomie hätte das primäre Ziel der Politik der Bundesregierung sein müssen.

Dr. Adenauer erwiderte, er sei erschüttert, daß in einem deutschen Parlament die Erlangung der Souveränität als „nicht wünschbar“

bezeichnet werde in einem Augenblick, in dem für das ganze deutsche Volk entscheidende Verhandlungen geführt werden.

Lütjens forderte trotzdem den Rücktritt des Bundeskanzlers von seinem Amt als Außenminister, weil er den Besatzungsmächten direkt verantwortlich sei und deshalb nicht zugleich die Außenpolitik führen könne. Auch der Sprecher der FDP wies auf das Fehlen eines vollamtlichen Außenministers hin. Der Umstand einer Personalunion von Bundeskanzler und Außenminister müsse zu einer Vernachlässigung des einen oder anderen Arbeitsbereiches führen.

Der Kritik der SPD an der Personalpolitik im Auswärtigen Amt hielt Adenauer entgegen, der Aufbau dieses Amtes sei noch nicht abgeschlossen und beim Aufbau eines solchen wichtigen Ministeriums könne nicht von vornherein auf erfahrene Kräfte verzichtet werden.

Die Sprecher aller Regierungsparteien bedauerten zum Schluß der Debatte ihr volles Vertrauen in die Politik des Bundeskanzlers.

Der Außenminister verspricht seinen Rücktritt

Nach einer Mitteilung des FDP-Pressesekretärs hat der Bundeskanzler seinen Koalitionspartnern zugesichert, daß er nach Abschluß seiner gegenwärtigen Verhandlungen mit den Westmächten als Außenminister zurücktreten werde. Mit diesem Entschluß komme Dr. Adenauer nicht nur einer bedenkenreichen Argumentation der Opposition zuvor, sondern er entspreche auch einem oft geäußerten Wunsch der Freien Demokraten. Bei aller Kritik an der „willkürlich verzögerten“ Errichtung diplomatischer Auslandsvertretungen und anderer Mißstände im Auswärtigen Amt stimme die außenpolitische Konzeption des Kanzlers mit der der Freien Demokraten überein.

Gehälter und Pensionen erhöht

Sonderzulage für kleine Gehälter — Beschlüsse des Bundestages

Bonn (UP). Die Zahlung einer Teuerungszulage für Bundesbeamte und Pensionäre in Höhe von 20 Prozent der Grundgehälter vom 1. Oktober an beschloß der Bundestag auf seiner Sitzung am Dienstag. Diese Regelung entspricht einer Erhöhung der vollen Bezüge um durchschnittlich 16 Prozent. Von den nach Artikel 131 gezahlten Bezügen (Flüchtlingsbeamte) werden nur die Übergangsgehälter und die Übergangszulagen erhöht. Diese Regelung ist für die Länder nicht bindend.

Der Beamtenrechtsausschuß wird nochmals die von ihm vorgeschlagene Entschlüsselung beraten, wonach die Bundesregierung aufgefordert werden soll, im nächsten Haushaltsjahr Mittel für eine Angleichung der Bezüge der unter Artikel 131 fallenden Personen bereitzustellen. Der Bundestag billigte weiter eine Entschlüsselung, in der gefordert wird, bei der Vorbereitung des neuen Besoldungsrechtes auch eine Neuregelung der Kinderzulagen in Betracht zu ziehen.

Nach dem neuen Gesetz erhalten die aktiven Beamten für die Zeit vom 1. April 1951 bis zum 30. September eine 15prozentige Teuerungszulage auf das Grundgehalt. Das entspricht der Höhe der bereits gezahlten Zuschüsse. Für die Zeit vom 1. Oktober an erhalten die aktiven Beamten eine ruhegehaltfähige Zulage in Höhe von 20 Prozent. Die Grundgehälter der Ruhegehaltsempfänger, deren Versorgung auf einem Bundesbeamtenverhältnis beruht, werden um 20 Prozent erhöht.

Eine zusätzliche besondere Zulage soll auf die Grundgehälter bis zu 230 DM im Monat gezahlt werden; sie ist von 6 bis 24 DM ge-

Auf Antrag der SPD werden die Parteien in einer Aussprache am Mittwoch zu der Regierungserklärung Stellung nehmen. Der Sprecher der SPD, Mellies, warf dem Bundeskanzler vor, das Parlament mit seiner Erklärung „überfahren“ zu haben. Dr. Adenauer erwiderte, er habe es für seine Pflicht gehalten, das Parlament so bald als möglich über den Brief der Hochkommissare an ihn zu unterrichten.

Wahlordnung nicht fertig

Das Bundeskabinett hat den Entwurf einer Wahlordnung für gesamtdeutsche Wahlen auf seiner Sitzung am Dienstag noch nicht behandelt, da erst einige Meinungsverschiedenheiten geklärt werden sollen. Hierbei spielen verfassungsrechtliche Gründe eine große Rolle. So ist beispielsweise die Frage der Vollmachten der Nationalversammlung einer der Punkte, über die noch Unklarheit besteht. Die Wahlordnung soll nach Ankündigung von Minister Kaiser statt der ursprünglich vorgesehenen vierzehn Punkte nur noch zehn Grundsätze enthalten.

Pankow macht weitere Konzessionen

Semjonow wünscht inoffizielle Führungsnahme mit Bonn — Dertinger informiert Lemmer

Berlin (UP). Der Präsident der Ostzonen-Volkskammer, Dieckmann, richtete in einer Rundfunksprache an die westdeutschen Politiker eine neue dringende Einladung zu einer gesamtdeutschen Beratung ohne Bedingungen. Dieckmann betonte in seiner Rede: „Wir sagen nicht, daß ein geeintes Deutschland aussehen müsse wie unser Staat. Ob uns ein 14-Punkte-Wahlprogramm auf dem Wege zu Einheit und Frieden weiterbringen kann, das werden wir ernsthaft prüfen“, versicherte Dieckmann. „Wir meinen, daß es in der Hauptsache annehmbar sei. Wir wollen weder ein Palaver noch ein Diktat, und selbstverständlich wollen wir selbst ganz und gar nicht diktieren. Wir haben eine internationale Kontrolle der Wahlen nicht abgelehnt, sondern erklärt, daß wir auch hierüber miteinander zu sprechen bereit sind.“

Mitglieder der Ostzonen-Regierung und des SED-Zentralsekretariats berichteten, daß der politische Berater der sowjetischen Kontrollkommission, Botschafter Semjonow, das Kabinett und das SED-Politbüro erneut darauf aufmerksam gemacht hat, daß die Sowjet-Regierung unter allen Umständen ein gesamtdeutsches Gespräch zustande bringen wolle.

Mit ausdrücklicher Zustimmung Semjonows erläuterte am vergangenen Freitag Ostzonen-Außenminister Dertinger (Ost-CDU) dem zweiten Vorsitzenden der Exil-CDU der Ostzone, Ernst Lemmer, in Berlin die sowjetischen und ostdeutschen Auffassungen über die vorgeschlagene „gesamtdeutsche Beratung“. Dabei soll Dertinger Lemmer versichert haben, daß, falls die Bundesorgane auf die Einladung zu gesamtdeutschen Gesprächen nicht eingingen, dies schwerwiegende Folgen namentlich für Westberlin haben würde, dessen „Hahn die Sowjets zu jeder Zeit abdrehen können“.

Den Inhalt seines Gesprächs mit Dertinger teilte Lemmer am Wochenende Bundeskanzler Adenauer mit. Nach Berichten aus Bonn, die in Westberlin vorliegen, äußerte Lemmer nach seiner Unterredung mit dem Kanzler, dieser „bewege sich jetzt mehr der Linie zu“, die auf ein offizielles, aber unverbindliches Zusammentreffen mit Vertretern der Ostzone hinziele.

staffel und vom 1. Oktober an ruhegehaltfähige. Die Sprecher der Fraktionen bedauerten, daß eine Angleichung der unter Artikel 131 fallenden Pensionen in diesem Gesetz auf Grund der Haushaltslage noch nicht möglich gewesen ist. Der Bundestag müsse aber gemäß seiner Entschlüsselung auf einer Angleichung mit Wirkung vom 1. April 1952 bestehen.

Der Bundestag stimmte ferner den internationalen Zollvereinbarungen zu, die von den deutschen Vertretern im März dieses Jahres in Brüssel unterzeichnet wurden. Der deutsch-ägyptische Handelsvertrag wurde gebilligt.

Kartellgesetz entworfen

Wie der Pressedienst der FDP bekanntgab, ist nunmehr nach langwierigen Vorarbeiten im Bundeswirtschaftsministerium ein Entwurf für ein Kartellgesetz fertiggestellt und dem Kabinett zugeleitet worden. Demnach sollen von dem Kartellverbot landwirtschaftliche Betriebe, die Bank deutscher Länder, die Landeszentralbanken und die Kreditanstalt für Wiederaufbau ausgenommen sein. Ferner seien Verkehrsbetriebe, die Deutsche Bundesbahn und die Bundespost ausgeschlossen. Eine im Gesetz vorgesehene Kartellbehörde soll solchen Unternehmen die Erlaubnis zum Abschluß von Kartellverträgen erteilen, die der Sicherung und Förderung des Außenhandels dienen. In bestimmten Fällen sollen die der Kartellbehörde übertragenen Aufgaben und Befugnisse von einem Bundesrat als ständiger Bundesbehörde ausgeübt werden. Hierunter sollen unter anderem Aufgaben fallen, die den Außenhandel und die

Preisbindung betreffen oder die über das Gebiet eines Landes hinausgehen.

CDU fordert Höchstpreise

Der Vorstand der CDU/CSU-Fraktion hat sich im Beisein von Bundesernährungsminister Niklas mit den augenblicklichen Kartoffel- und Schweinefleischpreisen befaßt und dabei den Minister aufgefordert, sich unverzüglich mit dem DGB und dem Deutschen Bauernverband in Verbindung zu setzen, um die Preisbewegung der letzten Wochen durch Festsetzung angemessener Höchstpreise aufzufangen.

Die Fraktion der Deutschen Partei hat beantragt, die zum 30. November fällige doppelte Soforthilfeabgabe für die Landwirtschaft bis zur Verabschiedung des Lastenausgleichs-Gesetzes auszusetzen oder zu stunden.

Unruhen in Buenos Aires

Lage in Venezuela wieder normal

Buenos Aires (UP). Im Zentrum von Buenos Aires fand eine Peron-feindliche Demonstration statt. Die Demonstranten lehnten es ab, der polizeilichen Aufforderung, ihre Versammlung zu beenden, Folge zu leisten. Sie bewarfen vielmehr die Polizeibeamten mit Flaschen, Steinen und anderen Wurfgeschossen. Schließlich kam es zu einem Handgemenge, bei dem zwei Polizeibeamte schwer verletzt wurden. Mehrere Demonstranten, die alle der oppositionellen radikalen Partei angehören, wurden verhaftet.

Die Lage in Venezuela ist wieder normal. Der von den Kommunisten angezettelte Aufstand, der am „Columbus Tag“ acht Todesopfer forderte, endete mit einer „Säuberungsaktion“, in deren Verlauf 469 Personen festgenommen wurden. Die Regierung macht die kommunistische Partei und die verbotene linksstehende „Demokratische Aktions-Partei“ für den Aufstand verantwortlich.

Die Außenminister der fünf mittelamerikanischen Staaten El Salvador, Costa Rica, Guatemala, Nicaragua und Honduras unterzeichneten die „San Salvador-Charta“. Mit dieser Charta ist eine Organisation der zentralamerikanischen Staaten gegründet worden, die später durch Panama erweitert werden soll.

Drei Flugzeugunglücke — 26 Tote

Johannesburg (UP). Die Trümmer einer abgestürzten zweimotorigen Dakota-Maschine der Südafrikanischen Luftfahrergesellschaft wurden von einer Suchexpedition gefunden. Alle 17 Personen, die sich an Bord befanden, sind ums Leben gekommen. Die Maschine rammte an der südafrikanischen Ostküste einen 2500 Meter hohen eisernen Berg.

Kurz vor der Landung auf einem japanischen Stützpunkt stürzte eine amerikanische Superflugzeug, die von Korea zurückkehrte, mit 14 Besatzungsmitgliedern ab. Neun Mitglieder der Besatzung kamen um, fünf wurden schwer verletzt.

Über dem Atlantischen Ozean wird seit Montag ein Strahl-Kreuzer der US-Luftstreitkräfte vermißt. Die zweimotorige Maschine startete mit elf Mann an Bord vom Flugplatz Lagos auf den Azoren und sollte am Abend auf dem Militärflugplatz Westover in Massachusetts auf dem amerikanischen Festland landen. Zwei Maschinen, die sich auf die Suche machten, bekamen Motorschaden. Vom Schicksal der ersten ist zur Zeit nichts bekannt. Die zweite Suchmaschine meldete, sie verliere ständig an Höhe und werde versuchen, den Flugplatz Kindley auf Bermuda zu erreichen.

Der Bau der Querwalpenstraße ist in Schwierigkeiten geraten, da der bayerische Staat die für diesen Zweck noch fehlenden 130 000 DM nicht aufbringen konnte. Die Landkreise beschlossen, den Bau aus eigenen Mitteln fortzuführen.

General de Lattre de Tassigny, der französische Hochkommissar für Indochina, ist in Begleitung seiner Gattin nach Saigon abgefahren.

Der Minister für die US-Luftstreitkräfte, Finletter, traf von Casablanca kommend, in Rabat ein, wo er vom französischen Generalresidenten in Marokko, General Guillaume, empfangen wurde.

Fünf polnische Seeleute, die zur Besatzung des polnischen Frachters „Warinski“ gehörten, verließen im nordschwedischen Hafen Lulea ihr Schiff und baten um Asyl als politische Flüchtlinge.

Einen Bericht über den Kaschmir-Konflikt wird der Vertreter der UN in der Kaschmir-Kommission, Graham, am Donnerstag dem Sicherheitsrat erstatten.

Der Herzog von Windsor wurde in Wuppertal, wo er das britische Regiment „Welsh Guards“ besuchen will, im Kraftwagen von einer Eskorte der deutschen Polizei durch die Stadt geleitet.

US-Marineminister Kimball ist nach Frankfurt geflogen, nachdem er in Fontainebleau eine Unterredung mit General Norstad, dem Kommandeur der Luftstreitkräfte in Mitteleuropa, hatte.

Ein „Rat der Südostdeutschen“, der sich aus 29 Vertretern der süddeutschen Volksgruppen sowie evangelischen und katholischen Hilfsstellen zusammensetzt, wurde in München gegründet.

Generalissimo Franco hatte eine Besprechung mit General Spay, dem Leiter der in Spanien weilenden US-Militärmission, die zur Zeit geeignete Luft- und Flottenstützpunkte für die US-Streitkräfte ermittelt.

Die fünfte Besprechung zwischen Bundeskanzler Adenauer und den drei Hochkommissaren ist für Mittwoch in Mehlum, dem Sitz des US-Hochkommissars, angesetzt. Das deutsch-alliierte Lenkungs-Kommando wird am Donnerstag zusammentreffen.

Die in Bonn stationierte Grenzschutzpolizei soll einen Musikzug erhalten, der bei offiziellen Anlässen spielen wird. Der Bundeskanzler will das Bonner Wechregiment auf fünf Hundertschaften verstärken.

Die Deutsche Zentrumspartei will ihre Arbeit jetzt auf Bayern ausdehnen und dort bereits im kommenden Frühjahr in den Wahlkampf eingreifen.

Liaquat Ali Khan ermordet

Attentat in Pakistan — Schwere Schlag für die Kaschmir-Besprechungen

Karachi (UP). Der Ministerpräsident Pakistans, Liaquat Ali Khan, ist einem Attentat zum Opfer gefallen. Als er sich erhob, um zu einer Versammlung der Moslems in einer kleinen pakistanischen Stadt zu sprechen, trafen ihn zwei Schüsse in die Brust. Er wurde sofort in ein Militärkrankenhaus überführt, wo er kurze Zeit nach der Entfernung der beiden Kugeln seinen Verletzungen erlag.

Der Mörder, der von der erregten Menge buchstäblich in Stücke gerissen wurde, war ein Mitglied der fanatischen religiösen Sekte Khaksar, die eine Lösung des Kaschmir-Konfliktes durch einen „heiligen Krieg“ gegen Indien fordert.

Liaquat Ali Khan ist bereits der vierte führende Mohammedaner, der im Laufe dieses Jahres ermordet wurde. Vor ihm fanden der iranische Ministerpräsident Ali Razmara, König Abdullah von Jordanien und der ehemalige libanesischer Ministerpräsident Riad el Sol auf die gleiche Art den Tod. Alle waren als Freunde Großbritanniens bekannt. In der westlichen Welt verbreitete sich die Nachricht von der Ermordung Liaquat Ali Khans wie ein Lauffeuer. Der pakistanische Außenminister Zafrrullah Khan, der zur Zeit

in den USA weilte, sagte, der Mord sei nicht nur eine große Tragödie für Pakistan, sondern auch eine Gefahr für den Frieden der Welt. In Kreisen der UN ist man vor allem über die weitere Entwicklung des Kaschmir-Problems besorgt. Die Beziehungen zwischen Indien und Pakistan waren seit der Teilung Indiens wegen der Kaschmirfrage stets gespannt, der ermordete Ministerpräsident handhabte den Konflikt jedoch, wie selbst indische Politiker zugeben, mit Mäßigung.

Der indische Ministerpräsident Nehru, der Widersacher Pakistans im Kaschmir-Konflikt, betonte in seiner Beileidsbotschaft, in diesem Augenblick der Trauer seien alle Differenzen vergessen. In Kreisen der indischen Kongresspartei und im Parlament befürchtet man, daß jetzt Fanatiker Einfluß auf die Beziehungen zwischen den beiden Ländern gewinnen könnten.

Der pakistanische Außenminister Sir Zafrrullah Khan wird nach Mitteilung des pakistanischen Hochkommissars vielleicht eine einstweilige Regierung bilden, die die Staatsschäfte nach der Ermordung des pakistanischen Ministerpräsidenten für eine Übergangszeit leiten soll. Zafrrullah Khan will sich sofort nach Karachi begeben.

Aegypten und Sudan vereinigt

Schwere Zwischenfälle in der Kanalzone — England schickt Truppen

Kairo (UP). Das ägyptische Parlament nahm ein Gesetz an, in dem der Zusammenschluß Ägyptens mit dem Sudan beschlossen und König Faruk zum „König Ägyptens und des Sudan“ proklamiert wird.

Unmittelbar vorher hatte das britische Außenministerium die Entscheidung von Truppenverstärkungen in die Suezkanal-Zone angekündigt. In einer Erklärung des Foreign Office heißt es dazu, es handle sich dabei um eine Maßnahme „vorsorglicher Art“, die durch die Zwischenfälle in der Kanalzone veranlaßt worden sei.

In Ismailia in der Kanalzone (halbwegs zwischen Port Said und Suez) kam es zu blutigen Zusammenstößen zwischen britischen Truppen und ägyptischen Demonstranten. Dabei sollen nach bisherigen Berichten zwei Engländer und zwölf Ägypter getötet worden sein. An die hundert Ägypter seien verletzt worden. Ein britischer Sprecher erklärte, daß Demonstranten in Ismailia eine Verkaufsstelle der britischen Militärverwaltung in Brand gesteckt hätten. Daraufhin sei das Lancashire Fusilier Regiment „in Aktion getreten“ und habe die Ordnung wieder hergestellt.

Die Kairoer Zeitung „El-Balagh“, das Organ der regierenden Wafd-Partei, teilte in diesem Zusammenhang mit, daß Truppen der ägyptischen Armee nach Ismailia entsandt wurden, um die ägyptische Sicherheitspolizei zu verstärken. Ferner berichtet das Blatt, daß die Verbindungen der britischen Botschaft in Kairo und Alexandria mit den militärischen Kommandostellen in Fayid und Ismailia in der Kanalzone auf Anordnung der Regierung unterbrochen wurden. In Ismailia habe eine Volksmenge Versorgungsanlagen der Briten in Brand gesteckt. Britische Streitkräfte seien dorthin beordert worden.

Auch in Alexandria kam es zu blutigen Zusammenstößen. Eine große Menschenmenge forderte den Abzug der Briten aus der Suezkanal-Zone und aus dem Sudan. Die ägyptische Polizei eröffnete das Feuer um die Demonstranten zu zerschießen. Dabei sollen einige Personen verwundet worden sein.

Die ägyptische Hauptstadt war erneut Schauplatz großer nationaler Kundgebungen. Obwohl die Polizei ein Demonstrationsverbot erlassen hat und starke be-

waffnete Patrouillen durch die Straßen ziehen, sammelten sich etwa 70 000 Menschen auf dem Platz vor dem Abdin-Palast. Aus der erregten Menge erklangen immer wieder Rufe wie „Lang lebe Faruk — Nieder mit England.“ Und im Sprechchor „Ein Volk — ein Nil — ein König.“

Nach Presseberichten haben die ägyptischen Eisenbahner, Postbeamten und Taxifahrer einen Boykott der britischen Truppen aufgenommen. Die Eisenbahnen befördern keine Sendungen für die Briten und keine militärischen Güter zwischen Ismailia und Fayid. Telefongespräche werden nicht vermittelt und Telegramme von uniformierten Engländern nicht angenommen. Die Taxifahrer weigern sich, Angehörige der britischen Garnison zu befördern.

Das britische Verteidigungsministerium gab bekannt, daß die britischen Garnisonen stark genug seien, um sich zu verteidigen und feindliche Maßnahmen Ägyptens zunichte zu machen. Die britischen Truppenkommandeure hätten den Befehl erhalten, alles zu tun, um den Ausbruch eines Konfliktes zu verhindern.

Die amerikanische Regierung hat angeblich in London wissen lassen, daß sie Großbritannien im Konflikt mit Ägypten auch dann ihre diplomatische Unterstützung gewähren würde, wenn es zur Anwendung von Gewalt käme. Die Stützpunkte in der Suezkanalzone seien für den ganzen Nahen Osten von so großer militärischer Bedeutung, daß es „sträflicher Leichtsinn“ wäre, den Schutz des Kanals Ägyptens allein anzuvertrauen.

Royal Navy sammelt nun vor Malta

Malta (UP). Der britische Kreuzer „Liverpool“ traf in Malta ein. Sein Kommandant erhielt die Order, sofort Proviant und Brennstoffvorräte für drei Monate an Bord zu nehmen und sich ständig zur Entgegennahme weiterer Befehle bereitzuhalten. Auch die zweite Fregatten-Flottille, die aus den Einheiten „Mermaid“, „Magpie“ und „Loch Lomond“ besteht, wurde angewiesen, sich vor Malta zu sammeln und auf Order zu warten.

General Eisenhower, der Oberbefehlshaber der atlantischen Streitkräfte in Europa, hat an Bord des Flaggschiffes der sechsten amerikanischen Flotte Neapel verlassen, um Flottenmanövern beizuwohnen, die in den nächsten drei Tagen stattfinden.

Moskau stellt Osteuropa-Armee auf

75 bis 80 Divisionen bereits vorhanden — Rußland baut neue U-Boote nach deutschem Muster

London (E.B.). Die Sowjetunion hat mit der Aufstellung einer integrierten Osteuropa-Armee begonnen, die nach russischem Regiment ausgebildet und ausgerüstet wird, um reibungslos mit der Roten Armee operieren zu können.

Als Gegengewicht gegen den Aufbau einer westeuropäischen Armee unter dem Oberbefehl des Generals Eisenhower hat — nach Informationen des britischen Geheimdienstes — der russische Generalstab beschlossen, die Streitkräfte der sowjetischen Satellitenstaaten zu reorganisieren. Ihre Führung, Ausbildung und Bewaffnung soll genau dem Vorbild der Roten Armee entsprechen. Zu diesem Zweck wurde in dem letzten Wochen eine gründliche „Säuberung“ des Offiziers- und Unteroffizierskorps der osteuropäischen Staaten durchgeführt. Alle wichtigen Befehlsstellen wurden mit russischen Offizieren besetzt. Eine größere Anzahl von polnischen, tschechischen und ungarischen Stabsoffizieren wurde zu Ausbildungszwecken nach der Sowjetunion abkommandiert.

Nach den in London vorliegenden Nachrichten setzen sich die in den osteuropäischen Staaten vorhandenen Streitkräfte etwa folgendermaßen zusammen: Polen: 24 Divisionen, einschließlich 4 Panzer- und 4 vollmotorisierten Divisionen. Tschechoslowakei: 15 Divisionen, einschließlich 2 Panzer- und 4 vollmotorisierten Divisionen. Rumänien: zwischen 12 und 15 Divisionen, darunter 2 Panzer- und 4 vollmotorisierte Divisionen. Ungarn: zwischen 10 und 12 Divisionen, einschließlich einer Panzer- und 3 vollmotorisierten Divisionen. Bulgarien: 12 Divisionen, darunter 2 Panzer- und 2 motorisierte Divisionen. Albanien: 2 Divisionen.

Insgesamt sind also in den sowjetischen Satellitenstaaten (die sowjetische Besatzungszone Deutschlands nicht eingerechnet) etwa

75 bis 80 Divisionen vorhanden, die zwischen 1,3 und 1,5 Millionen Mann zählen dürften. Diese verfügen nach britischen Schätzungen über rund 2500 Panzer, darunter „T 34“ sowie neue Typen des einstigen deutschen „Tiger“ und des „Stalin“. Die Stärke der außer den Heeresverbänden noch existierenden Sicherheits- und Grenzschutzeinheiten kann auf etwa eine halbe Million Mann veranschlagt werden.

Die Luftstreitkräfte der osteuropäischen Staaten werden als „unbedeutend“ betrachtet. Sie sollen aus höchstens 1000 Maschinen bestehen, darunter allerdings moderne Düsenjäger, die von sowjetischen Offizieren geflogen werden. Um die Aufrüstung ihrer Armeen zu beschleunigen und zu vervollständigen, haben die osteuropäischen Staaten im laufenden Etatjahr ihre Rüstungsausgaben mindestens verdoppelt, zum Teil sogar verdreifachen müssen.

In diesem Zusammenhang sind auch Informationsberichte des britischen Geheimdienstes von Interesse, die sich mit dem Stand der russischen U-Boot-Waffe beschäftigen. Ihre Stärke soll bisher überschätzt worden sein. Neuerdings wird behauptet, daß die Sowjets zwar etwa 300 U-Boote besitzen, von denen aber nur 30 als modern anzusprechen seien, während weitere 30 restlos veraltete Typen seien. Es scheint sich aber zu bestätigen, daß deutsche U-Boot-Spezialisten in russischen Werften tätig sind, auf denen 100 Boote des deutschen Typs U XXI im Bau sein sollen. Von diesen Booten, die eine Unterwassergeschwindigkeit von 15 Knoten besitzen und mit einer verbesserten Schnorchel-Konstruktion ausgestattet sind, sollen 14 in der Roten Marine in Dienst stehen. Außerdem arbeiten die Russen an einem neuen Typ, der aus dem deutschen Walther-Boot entwickelt wird, das unter Wasser 23 Knoten fährt und seinen Sauerstoffbedarf

aus Wasserstoff-Peroxyd selbst entwickelt. Dieses Verfahren ist aber noch nicht zuverlässig genug; nach britischen Informationen sind 2 russische Versuchsboote durch das Versagen der Sauerstoff-Einrichtung verloren gegangen.

Und endlich soll es den Russen gelingen sein, ein Radargerät zu entwickeln, das empfindlicher ist als die englischen Muster und nicht wie diese zuweilen andere Unterwassergeräusche mit Motorenlärm verwechselt. Allerdings haben auch die Briten auf diesem Gebiet neue Fortschritte in Gestalt einer Horchboje zu verzeichnen, welche die von ihr aufzufangenden Geräusche mit genauen Positionsangaben an die Überwachungsflugzeuge weitergibt.

Sowjetischer Protest in Oslo

Wegen angeblicher Kriegsvorbereitungen Norwegens

Oslo (UP). Der sowjetische Außenminister Wjatschinski überreichte dem norwegischen Gesandten in Moskau eine Note, in der Norwegen beschuldigt wird, sich an Kriegsvorbereitungen gegen Rußland beteiligt und bestehende Verträge verletzt zu haben. Zur Begründung dieser Behauptungen führt die sowjetische Note an: 1. britische und amerikanische Militärmissionen unternähmen immer häufiger Informationsreisen an die norwegisch-sowjetische Grenze; 2. die Spitzbergen-Inseln würden unter Verletzung der Pariser Abmachungen aus dem Jahre 1920 als Marinestützpunkte verwendet; 3. amerikanische und britische Fliegerverbände würden in Norwegen ausgebildet; 4. diese Politik Norwegens sei unvereinbar mit einer Politik der „guten Nachbarschaft“. Sie müsse geradezu zwangsläufig zu einer Verschlechterung der Beziehungen zwischen Norwegen und der Sowjetunion beitragen.

Der norwegische Außenminister Lange wies die sowjetischen Beschuldigungen energisch zurück. Der Status von Spitzbergen — so betonte er — habe sich nicht verändert. Es bestünden auch keinerlei Pläne zur Errichtung von militärischen Stützpunkten auf Spitzbergen. Der Kurs der norwegischen Außenpolitik habe sich in keiner Weise geändert. Im übrigen sei allgemein bekannt, daß der Nordatlantik-Pakt ein rein defensives Abkommen darstelle.

Mossadeg droht mit Abreise

Wiederholung der alten Argumente — Tschechische Ökxperten reisen nach Abadan

New York (UP). Der iranische Ministerpräsident Mossadegh wies im Sicherheitsrat der UN die neue britische Resolution zurück, wonach der Sicherheitsrat Großbritannien und Iran auffordern soll, erneute Verhandlungen aufzunehmen. Mossadegh sagte, die iranische Delegation werde nach Hause gehen, wenn der Sicherheitsrat beschließen sollte, sich mit der britischen Resolution zu beschäftigen. Er erneuerte sein Angebot, mit Großbritannien ohne Einschaltung der UN neue Verhandlungen zu beginnen.

Der britische Delegierte Sir Gladwyn Jebb wies die Argumente Mossadeghs zurück und sagte, dieser habe die wahre Sachlage willkürlich entstellt. Er betonte, daß Großbritannien die Verstaatlichung der Ölindustrie in Iran im Prinzip anerkenne. Bei gutem Willen von beiden Seiten müsse es möglich sein, die Meinungsverschiedenheiten auf dem Verhandlungswege beizulegen. Gerade dies habe Großbritannien mit seiner neuen Resolution bezweckt.

Die Sitzung des Rates war mit einer Schweigeminute zu Ehren des ermordeten Ministerpräsidenten von Pakistan, Liaquat Ali Khan, eröffnet worden. Sämtliche Delegierten außer dem sowjetischen Botschafter Semjon Tsarapkin drückten ihre Trauer über dieses Attentat aus.

Politische Beobachter schätzen die Chancen einer für Großbritannien zufriedenstellenden Beilegung des Konfliktes sehr gering ein. Sollte keine unerwartete Wendung eintreten, wird ein wirtschaftlicher Zusammenbruch Irans für sehr wahrscheinlich gehalten. Damit wäre, so befürchtet man, den kriegshörigen Kräften der verbotenen Tudehpartei die Voraussetzung gegeben, die Macht an sich zu reißen.

Wie aus zuverlässiger Quelle verlautet, sind acht tschechoslowakische Erdölexperten kürzlich nach Iran gereist, um dort in der verstaatlichten Ölindustrie zu arbeiten. Es soll sich um Ingenieure handeln, die in Österreich mit Erdölbohrungen und der Raffinerie von Rohöl zu tun hatten. Sie sind, wie weiter gemeldet wird, ganz plötzlich mit Pässen von Regierungsbeamten abefahren.

Teilweise Einigung in Pan Mun Jon

Neutrale Zone vorläufig festgelegt

Seoul (UP). Bei den Waffenstillstandsverhandlungen in Pan Mun Jon ist in folgenden sechs Punkten eine Einigung erzielt worden: 1. Der Konferenzort soll Pan Mun Jon sein; 2. Die neutrale Zone mißt vorläufig 900 Meter im Umkreis von Pan Mun Jon; 3. wurde die Zusammensetzung der Militärpolizei in dieser Zone festgelegt; 4. Jede Seite kann den Umfang ihrer Delegation selbst festsetzen; 5. Freier Zugang und freie Bewegung in der neutralen Zone; 6. Jede Delegation versorgt sich selbst; das Zeit für die Verhandlungen wird von den Kommunisten gestellt. In einer offiziellen Mitteilung heißt es, daß die kommunistische Delegation eine Vergrößerung der neutralen Zone um Munsan auf acht Kilometer bis zum vorgeschobenen Hauptquartier der Alliierten vorgeschlagen habe. Ferner forderte sie einen fünf Kilometer breiten neutralen Korridor von Kaesong nach Munsan längs der Verbindungsstraße zwischen beiden Städten.

US-Luftstreitkräfte haben neun „Mig“-Flugzeuge der Kommunisten abgeschossen. An der Westfront gelang es den Alliierten, auf einer Front von 40 km etwa fünf bis sechs km tief vorzudringen.

Alfons Maletta, Generalsekretär der Österreichischen Volkspartei, wird als persönlicher Gast des Bundeskanzlers am Parteitag der CDU in Karlsruhe teilnehmen.

Aus der Stadt Ettlingen

Das Pferd auf der Krawatte

Fuhr ich da kürzlich mit der Eisenbahn. Unterwegs stieg ein junger Mann zu. Er war bestimmt nicht auffällig gekleidet und trotz-

Ubrigens, die Krawatte ist leider heute der einzige Gegenstand für den Mann, seinen Geschmack in besonderem Maße zum Ausdruck zu bringen, und so ist es schon begrüßenswert, wenn die Krawattenmode neue Wege zu gehen sucht, zumal wir uns schon satigesehen haben an den gestreiften und karierten Mustern.

Unser Mann mit dem Pferd auf der Krawatte war stolz auf sein modisches Kleidungsstück. Wenn es anderen nicht gefällt, so sei daran erinnert: unsere Geschmäcker sind eben verschieden. Was wäre es, wenn mir alle das gleiche Schönheitsideal hätten, wir würden heute alle mit einer „Pferdekrawatte“ herumlaufen.

Müssen die Marktpreise steigen?

Bei den letzten Wochenmärkten sind vor allem für Obst erhebliche Preissteigerungen erfolgt. Die Hausfrauen sind deshalb in Sorge, ob sie den notwendigen Bedarf noch bezahlen können. Wäre es nicht möglich, wieder regelmäßig die Marktpreise zu veröffentlichen? Zur öffentlichen Kontrolle der Preisbewegung wäre dies wohl das wirksamste Mittel.

Geistesgegenwärtig vom Rad gesprungen

Ist gestern nachm. ein Ettlinger Schüler, als es bei der Schillerbrücke zu einem Zusammenstoß kam. In der Lauergasse scheuten die Pferde und gingen mit dem Fuhrwerk zur Alb- und Schillerstraße durch. Dort streiften sie einen an der Tankstelle abgestellten Pkw. Diesen Personenkraftwagen wollte der junge Radfahrer ordnungsgemäß überholen, als die Pferde überraschend auftauchten. Durch das Abpringen vom Fahrrad auf den Gehweg brachte sich der Schüler in Sicherheit, während das Fuhrwerk über das Fahrrad hinwegfuhr. Es entstand Sachschaden in Höhe von etwa 100 DM.

Südwestfunk überträgt Pontifikalamt

Der Südwestfunk überträgt am Allerheiligen von 19.00 bis 19.30 Uhr das Pontifikalamt aus dem Freiburger Münster mit Predigt von Erzbischof Dr. Wendelin Rauch. Der Freiburger Domchor bringt während des Pontifikalamtes Beethovens Messe in C-dur zur Aufführung.

Irland — Deutschland im Südd. Rundfunk

Der Süddeutsche Rundfunk überträgt heute von 18.30 bis 19.00 Uhr die letzte halbe Stunde des Fußball-Länderspieles Irland — Deutschland aus Dublin. Reporter ist Gerd Krümer.

Aus dem Bericht der Stadtpolizei

In der Woche vom 7. bis 13. Okt. wurden wieder mehrere Personen wegen verkehrswidrigen Verhaltens angezeigt: 1 Person wegen Nichtbesitzes der gültigen Steuerkarte, 1 wegen übermäßiger Geschwindigkeit, 1 wegen Nichtbeachtens der Vorfahrt, 1 wegen Übergewichts beim Lastzug, 1 wegen unerlaubtem Parkens, 1 wegen Mitführen einer zweiten Person auf dem Fahrrad.

In einer Fabrik wurden in der Nacht vom 12. auf 13. Okt. zwei Schränke erbrochen und daraus 24 DM gestohlen. Nachträglich wurde festgestellt, daß im September vom Jagdhaus bei der Wilhelmshöhe Zink- und Bleiverwahrungen im Wert von 200 DM entwendet wurden. In der Nacht vom 6. zum 7. wurde in ein Haus in der Vordersteig eingestiegen. Als die Bewohner dies bemerkten, konnte der Täter unerkannt entfliehen.

An der Kreuzung Schiller- und Scheffelstraße ereignete sich am 12. Okt. ein Zusammenstoß. Ein aus der Scheffelstraße kommender Dreiradwagen beachtete das Vorfahrtsrecht nicht und stieß deshalb mit einem in Richtung Karlsruhe fahrenden Lkw zusammen, wodurch ein Sachschaden von 160 DM entstand.

Willst im Hause sicher sein, tritt beim Wach- u. Schließdienst ein.

Sonniger Herbst am Robberg

Die Ettlinger Rebleute sind mit der Weinlese zufrieden

Am Urbanstag, dem Fest des Heiligen der Weinberge, erbittet der Rebverein Ettlingen in jedem Frühjahr den Segen Gottes für die Reben. Das Gebet ist auch in diesem Jahr erhört worden. Schon die Vorlese vor einer Woche brachte auf vielen Rebstücken gute Erträge und bei der gestrigen Hauptlese sah man auch viele zufriedene Gesichter. Von der Stadtverwaltung erschienen gestern stellv. Bürgermeister Geisert, Gemeinderat Günzel und Ratschreiber Rummel auf dem Berg, um zu erfahren, wie die Traubenernte ausgefallen ist. Die Winzerfamilien, unterstützt durch Freunde und Bekannte, hatten meist den ganzen Tag buchstäblich „alle Hände voll“ zu tun. In Körben und Eimern wurden die Trauben gesammelt, dann in die Tragebütteln getan und in diesen auf die Wagen gebracht, wobei auf den Zubehör für jede Bütte ein Kreidestrich angebracht wurde.

Manche alten Gebräuche, an die sich die Älteren unter uns noch gern erinnern, sind leider in Vergessenheit geraten, aber für viele Ettlinger Familien ist das Herbstfest auch jetzt noch ein großer Tag und diesmal schien dazu die Sonne in einer wunderbar reinen Luft. In der Frühe zogen Pferdegespanne die Wagen den steilen Berg hinauf und nachmittags wurden die vollbeladenen Fuhrwerke meist von Menschenhand hintergeführt. Dankbar wurde anerkannt, daß der Fahrweg rechtzeitig instandgesetzt wurde, soweit es bei dem starken Gefälle überhaupt möglich ist.

Frau G. meinte, wenn sie schon bei der Vorlese geherbstet hätte wie ihre Nachbarn, so wäre der Ertrag doppelt so groß gewesen, denn inzwischen haben die Vögel das nahe beim Wald gelegene Stück arg heimgesucht. Winzer F. ist dagegen sehr zufrieden, denn er kann auch in diesem Jahr mit über 1400 Litern „Ettlinger“ rechnen, der über 80 Grad Oxle hat nicht nur 50 Grad wie mancher jetzt angebotene Pfälzer. Mit Stolz zeigt dieser Winzer seine Rebstücke mit dem gesunden Laub und prächtlichem Behang.

Wir fragten ihn, was noch zu tun ist, um auf dem ganzen Ettlinger Robberg überall so gute Ergebnisse zu erzielen. Als besonders aktives Mitglied des Rebvereins befürwortet

F. den Plan, einige Gewanne nur dem Rebenanbau vorzubehalten und sich auf die geeigneten Traubensorten zu einigen. Die Obstbäume und Johannisbeersträucher müssen aus diesen Stücken verschwinden. Ebenso dringend ist es, die vernachlässigten Stücke, die z. T. schon seit Jahren in schlechtem Zustand sind, durch fleißige Winzer in Ordnung zu bringen, damit sie keine Gefahrenherde für die benachbarten guten Stücke sind. Auf keinen Fall sollte zugelassen werden, daß auf frisch gerodeten Stücken dieser Gewanne etwas anderes als Reben angepflanzt werden. Wenn der Rebverein diese dringend notwendige Aktion durchführen würde, setzt sich auch der Obstbauverein bei seinen Mitgliedern dafür ein, wie uns stellv. Bürgermeister Geisert versichert. Dann wird auf dem Robberg ein wertvoller Wein wachsen, der die viele Mühe noch weit besser als bisher lohnen wird.

Für die Zukunft ist zu empfehlen, die Hauptlese nicht eine, sondern etwa zwei Wochen nach der Vorlese durchzuführen, weil die späten Sorten gut noch etwas Sonne vertragen hätten. Kein Wunder, daß in diesem und jenem Stück noch die Burgundertrauben an den Stöcken hängen.

Als die Delegierten der Stadtverwaltung gestern wieder den Robberg verließen, wurden ihnen Trauben mit buntem Laub ins Knopfloch gesteckt, damit zum Ausdruck komme, daß Ettlingen sich mit seinen Reben verbunden fühlt, die schon seit Jahrhunderten hier nach eigenen Regeln und Gebräuchen angebaut werden. Möge es dem Rebverein unter seinem tatkräftigen Vorstand H. Baurleith gelingen, diese alte Ettlinger Einrichtung durch echten Gemeinschaftsgeist zu neuer Blüte zu bringen. Dann wird der Tag der Traubenlese wieder wie früher mit einem fröhlichen Volksfest ausklingen. Aber auch diesmal geht es schon bei vielen Ettlingern recht lustig zu, denn für den neuen Wein müssen die Fässer freigemacht werden und da gibt es, um ein Wort von Winzer F. zu verwenden, „Überstunden machen, um den alten Wein lezzusaufen“. Deshalb Prost zum „alten“ und ganz besonders zum „neuen“ Ettlinger!

Naturfreunde weiten in der Pfalz

Am letzten Sonntag trafen sich die Ettlinger Naturfreunde zu ihrem Vereinsausflug. Vom Ettlinger Schloß aus führten zwei Omnibusse die etwa 100 Teilnehmer über den Rhein, über Kandel, Landau nach Edenkoben. Von dort aus wanderten die Mitglieder zu Fuß zur Kropfsburg und von dort weiter nach St. Martin. Diese Herbstwanderung wurde für alle zu einem unvergesslichen Erlebnis. Bei Mandolin- und Ziehharmonikadang führte der Weg durch Weinberge, die in buntem Herbstlaub prangten. Trotz des Sonntags herrschte in den Weingärten reger Betrieb, denn die Witterung war so recht dazu geeignet, an diesem Tag Lese zu halten.

Von St. Martin aus führten die Omnibusse die Teilnehmer über Maimauern, Hambach ins Naturfreundehaus der Neustädter Ortsgruppe. Man fühlte sich wohl in den gemütlichen Räumen und bald war auch der Kontakt zwischen den Angehörigen der Ettlinger und der Neustädter Ortsgruppe geschlossen. Manchen alten Bekannten traf man wieder, der schon im Ettlinger Vereinsheim im Galstal Unterkunft gefunden hatte und gern an das behagliche Haus zurückdachte.

Am Nachmittag besuchten die Ettlinger Mitglieder einen Festzug anlässlich des Winzerfestes, der durch die Straßen von Neustadt führte. Der Festzug rief gewisse Vergleiche mit dem Ettlinger Sibilienfestzug wach und manchen guten Einfall konnten die Zuschauer

aus Ettlingen bewundern, den man vielleicht auch auf eine Veranstaltung dieser Art in unserer Stadt übertragen könnte. Am meisten beeindruckte jedoch die schlichte Natürlichkeit, gänzlich ohne jeden Kitsch. Überhaupt schätzen die Pfälzer für solche Darbietungen eine glücklichere Hand zu haben als ihre rechtsrheinischen Nachbarn.

Auf der Heimfahrt wurde nochmals in Edenkoben Rast gehalten und mit einem gemütlichen Abend bei Tanz und Pfälzer Wein beschloß man diesen erlebnisreichen Tag.

Der Besuch des Neustädter Naturfreundehauses war sicherlich für die Ettlinger Mitglieder ein neuer Ansporn, ihr Haus im Oberen Galstal noch schöner auszugestalten. Wie in der letzten Monatsversammlung der Naturfreunde im Gasthaus zur „Krone“ berichtet wurde, sind die Arbeiten zur Hebung des Dachs im Vereinshaus vollendet. Dadurch wurde im Innern des Hauses verhältnismäßig mehr Platz gewonnen. Der nächste Abschnitt im Ausbau des Vereinsheimes kann erst dann beginnen, wenn der jetzige Mieter seine Wohnung geräumt hat. Bis zur Freigabe können vielleicht noch sechs Monate vergehen. In diesen Zimmern sollen nach gründlicher Renovierung etwa 25 Schlafstellen errichtet werden, so daß das Haus dann 70 Personen beherbergen kann, damit noch mehr Wanderer in dem einfachen aber behaglichen Haus Einkehr halten können.

Gedanken um wahre Tierliebe

Der Feierstunde am Welttierschutztag entsprang der Gedanke, einen Lichtbildvortrag einmal für den Tierschutz in Ettlingen zu veranstalten. Und in der Tat, ein großer Kreis Ettlinger Bürgerinnen und Bürger sowie Schülerinnen und Schüler fand sich durch die Einladung angesprochen. Es war deshalb für den Vorsitzenden Hermann Strunck die gegebene Gelegenheit, über Sinn und Zweck des Tierschutzes einführende Erklärungen zu geben. Das deutsche Tierschutzgesetz vom 24. 11. 33 bildet die Grundlage für die praktische Arbeit. Dieses Gesetz wird in allen Kulturstaaten der Welt als das beste Tierschutzgesetz zum Wohle unserer Mitgeschöpfe anerkannt. Es ist Wegweiser und Berater zugleich, sei es für behördliche Stellen, für die Polizei, für Gemeinden und Stadtverwaltungen, die Forstbehörde usw. Es umfaßt folgende Abschnitte: Tierquälerei, Vorschriften zum Schutze der Tiere, Versuche an lebenden Tieren (Vivisektion) und die Strafbestimmungen. Warum Tierschutz? Diese Frage konnte an Hand von verschiedenen Tierquälereien näher beleuchtet werden, die kurz gestreift wurden. Das amtliche Organ zur Unterrichtung im Tierschutz ist der „Tierfreund“, der alle Monate erscheint und 40 Pf. kostet. Er wird ins Haus gebracht. Auch auf das Tierheim in der Klostergasse wurde verwiesen, wenn es auch unzulänglich und primitiv ist. Der Mitgliedsbeitrag im Jahre ist 2 DM, ein Betrag, der wirklich zu erschwingen für manches noch möglich ist.

Hauptlehrer Weber konnte aus eigenen Erfahrungen im In- und Ausland manches Interessante berichten und die Vergleiche wie mit Italien lassen uns Deutsche auch im Tierschutz weit überlegen sein. Der Ettlinger Tierschutz bedarf bestimmter Anregungen. In anderen Gemeinden und vor allem in den großen Städten sind es gerade diese selbst, die den guten Beweis für den innewohnenden Geist in ihren Gemeinschaften ausstrahlen. Und was geschieht darin in Ettlingen? Das soll anders werden. Es sind Kräfte am Werk, diesen Bann helfen zu brechen und mitzuarbeiten. Deshalb kann sich auch die Stadtverwaltung, der Gemeinderat nicht mehr verschließen, im Haushaltsplan eine Beihilfe einzusetzen. Die verschiedenen Filme wie Walfang, Seehunde, Bärenjagd in den Karpaten, junge Bären, ein Alpdorf im Winter fanden interessante und begeisterte Aufnahmen. Herr Walter Foerster konnte diese Begeisterung so recht zum Ausdruck bringen, indem er als Jäger von Wald und Flur und vom Getier, das alles Geschöpf des Schöpfers sei, zu erzählen wußte.

Die Jugend soll mehr und mehr zu uns kommen und die Gründung einer Jugendgruppe wird demnächst erfolgen. Die jungen Tierfreunde werden heute schon dazu aufgerufen. So kam es auch, daß an diesem Abend eine Eingabe an die Stadtverwaltung geboren wurde, in der gesagt wird, daß unsere Stadt sowohl sozialen als auch kulturellen Einrichtungen Verständnis entgegenbringt. Es werde aber auch erwartet, daß dem Tierschutz in unserer Stadt materielle Unterstützung gewährt werde, die der Verein zur Durchführung seiner edlen Aufgabe unbedingt notwendig habe. Als vordringlich wird die Erstellung eines Tierheimes erachtet. Und mit diesen Bitten wird auch die Stadtverwaltung nicht mehr zurückstecken, wie dies in anderen Städten schon als selbstverständlich bekannt ist. Der Abend hat gezeigt, daß es in Ettlingen genügend Tierfreunde und Tierschützer gibt. Sie zusammenschließen im Tierschutzverein, das ist mit unsere Aufgabe. H.S.

Die E3 gratuliert

Florian Frank, Pulvergartenstr. 4, vollendet am Donnerstag, 18. Okt., sein 86. Lebensjahr.

Am 18. Oktober begehen die Eheleute Gustav Hotz in Ettlingen, Rheinstr. 32, das Fest der goldenen Hochzeit.

Stromkürzungen erst nächste Woche

Entgegen den Anweisungen des Bundeswirtschaftsministeriums, die beabsichtigten Stromkürzungen bereits in dieser Woche einzuführen, gab das Wirtschaftsministerium bekannt, daß für Württemberg-Baden die entsprechenden Maßnahmen erst nächste Woche durchgeführt würden. Die Kürzungen werden auch in Württemberg-Baden vor allem Großabnehmer mit einem Stromverbrauch von wöchentlich über 2000 kW/st treffen, die ihren Stromverbrauch auf 90 Prozent des Vorjahresverbrauches herabsetzen müßten. Bei den meisten der von der Kürzung betroffenen Betriebe wird jedoch der Ausfall praktisch 25 bis 30 Prozent betragen, da sich der Durchschnittsverbrauch an elektrischer Energie in Württemberg-Baden seit dem letzten Jahr um etwa 20 Prozent erhöht hat.

In diesem Zusammenhang verisudet aus dem Wirtschaftsministerium, es sei geplant, demnächst in Württemberg-Baden mit der Erhebung eines Zuschlages von einem D-Pfennig zu dem Preis für jede Kilowatt-Stunde verbrauchten Stroms zu beginnen. Dieser Zuschlag soll für die Finanzierung des Baus neuer Kraftwerke in Württemberg-Baden beitragen.

Bereins-Nachrichten

VdK, Ortsgruppe Ettlingen

Nächste Sprechstunde am kommenden Samstag, 20. Okt., 14-17 Uhr im Schloß (Schloßhof rechts in der Hilschschule).

Mitgliederversammlung für alle Kriegsbekämpften und Kriegshinterbliebenen am Mittwoch, 31. Okt., im „Hirsch“. Referenten: Kam. Schlötterer und Kameradin Wandel von der Kreisgeschäftsstelle Karlsruhe. H.S.

Ortsverein vom Roten Kreuz

Donnerstag, 18. Okt., 20 Uhr, Beginn des Betriebsleiterlehrganges im Übungsraum im Schloß. Die Mitglieder der Bereitschaften, vor allem (w), werden um vollzähliges Erscheinen gebeten.

DG — BHE

Deutsche Gemeinschaft — Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten

Am Samstag, 20. Okt., 20 Uhr, Mitgliederversammlung im „Grünen Winkel“ am Bahnhof Ettlingen-Stadt.

LVD Ettlingen

Heute Mittwoch 20 Uhr Hauptversammlung im Gasthaus zum „Engel“.

TuS Ettlingen — Abt. Schwimmen

Heute Mittwoch, 17. Okt., beginnt das Training wieder im Vierordtbad. Abfahrt 19 Uhr mit Omnibus am „Erbsprinz“.



Heute abend 20 Uhr

Kreisschulrat Franz Sprauer, Karlsruhe Lichtbildvortrag

90 Tage Amerika

Querschnitt eines Studienaufenthaltes Großer Rathaussaal

Die Elternbeiräte der Knaben- und Mädchenschule Ettlingen

werden zu dem heute abend im Rathaussaal gehaltenen Farblichtbildvortrag von Kreisschulrat Franz Sprauer (Karlsruhe) über „90 Tage Amerika“ freundlichst eingeladen.

Capitol

„So grün war mein Tal“

Unter diesem Titel läuft einer der berühmtesten Filme der Gegenwart nur noch bis einschließlich Donnerstag in den Capitol-Lichtspielen, der nach dem Roman von Richard Llewellyn „How Green Was My Valley“ von der 20th Century Fox gedreht wurde. Dieser Film, der einen Welterfolg für sich buchte und nicht weniger als sechs „Oscars“ erhielt, handelt vom Triumph des Lebens über alle Daseinsprobleme.

Der Film zeigt so recht den Kontrast zwischen der Schönheit der Natur und dem häßlichen Menschendasein. Das Tal bleibt grün, auch wenn emsige Menschenhände den Boden nach Schätzen durchwühlen und Streiks das Leben unsicher machen. Und doch sehnen sich die Menschen, die aus dieser Heimat in die Welt hinauszogen, zurück in das grüne Tal unter dem blauen Himmel. Trotz aller Unbill sehnen sie sich zurück in die Heimat, der sie treu geblieben sind, in guten und schlechten Zeiten. Es ist eine zarte gefühlvolle Erzählung, die das Stück vermittelt. Im Vergleich dazu sind die durchschnittlichen Filme schwach und kraftlos.

Uli

„Das Mädchen Christine“

Dieser Defa-Film erzählt das Schicksal eines jungen Mädchens, das sich im Dreißigjährigen Krieg in einen Obristen verliebt, ihn in Verkleidung eines Troßjungen und später als Kornett unter dem Namen Christian dient. Sie wählt diese Verkleidung zu ihrem eigenen Schutz, um von dem Landsknechtsaufen erkannt zu bleiben und kann so immer in der Nähe des Geliebten bleiben. Bald erkennt sie jedoch, daß ihr Geliebter wie all diese Männer, die diesen Krieg durchkämpfen, innerlich zerstört ist und daß er den Krieg mit seinen rohen Begleitumständen als eigenes Leben empfindet. Hinter der Fassade eines Edelmannes ist nichts mehr von edelm und stolzem Gefühl zu erkennen. In einem Duell tötet sie deshalb als Leutnant zum Tod — als Frau wird sie jedoch freigesprochen.

„Verbotene Liebe“

zeigen die Union-Lichtspiele nur am Donnerstag.

Aus dem Albgau

Bruchhausen berichtet

Bruchhausen. Am Freitag, 12. Okt., fand hier eine öffentliche Gemeinderatsitzung statt. Als erster Punkt stand die Holzhauseri 1951/52 zur Beratung. Der Gemeinderat faßte einstimmig den Beschluß, die Aufarbeitung des Holzes wie im letzten Jahr einer Kolonne, die mit der gemeindeeigenen Motorsäge arbeitet, zu vergeben. Für den Stier sollen 5 DM, abzüglich 50 Pf. für Benützung der Säge, für den Festmeter Stammholz 3 DM bezahlt werden. Der letztjährige Kolonnenführer Wilhelm Stemmler erklärte sich bereit, die Arbeit so zu übernehmen. Im zweiten Punkt stimmte der Gemeinderat dem Ankauf eines Ziegenbodens zum Preise von 250 DM zu.

Bei Punkt 3: Gesuch zum Erwerb von gemeindeeigenem Gelände, konnte der Gemeinderat keine Einigkeit erzielen; es wird dem Interessenten die Stellungnahme des Gemeinderates nochmals mitgeteilt. — Punkt 4: Es wurde beschlossen, am Samstag, 20. Nov., nachmittags 15 Uhr im Bergwald etwa 38 Hanten Leuterungsschlagraum und etwa 260 Stangen zu verstelgen. Punkt 5: Neueinteilung der Bürgerwiesen (Allmend) wird demnächst durchgeführt. Es erfolgt dieserhalb noch eine örtliche Bekanntmachung. Punkt 6: Dem Konzeptionsgesuch des Herrn Karl Huber aus Oberkirch zum Betrieb des Gasthauses zum „Grünen Baum“ hier wurde einstimmig stattgegeben.

Mit dem Schulhaus-Erweiterungsbau wurde begonnen. Die Maurer- und Betonarbeiten werden von der Firma Vorbach, Bauunternehmung in Karlsruhe, und die Zimmerarbeiten vom Zimmergeschäft Leicht in Bruchhausen ausgeführt.

Am 16. Okt. konnte Herr Philipp Althelm sen., Neubürger, in geistiger und körperlicher Frische seinen 76. Geburtstag feiern. Wir gratulieren. — In der Nacht zum 14. Okt. verschied die Ehefrau des Josef Baumgärtner, Anna Baumgärtner.

Die Kartoffelernte geht dem Ende zu. Der Ertrag war mittelmäßig.

Am Sonntag, 21. Okt., findet im Saal zum „Grünen Baum“ das Herbstkonzert des Musik- und Gesangsvereins statt. Zu diesem Konzert, in dessen Verlauf langjährige Sänger durch den Bund geehrt werden und dessen reichhaltiges Programm für jeden etwas bringt, ist die Einwohnerschaft von hier und der Umgebung freundlichst eingeladen. Beginn 20 Uhr.

Sport-Nachrichten der EZ

Nicht ein Sp-Spieler, sondern ein H-Spieler unterband beim Fußballspiel TuS Spinnerei I gegen SpV Herrenalb I am letzten Sonntag in der 10. Minute durch absichtliches Händespiel einen Angriff des Gegners. Der Druckfehlerteufel hatte sich die Sache allerdings etwas anders vorgestellt. Wir haben ihm aber nun das Handwerk noch rechtzeitig gelegt und unsere Sportfreunde über den wahren Sachverhalt aufgeklärt.

Bruchhausen. Der Fußballverein Allemania bestritt am Sonntag das fällige Verbandsspiel gegen den Fußballverein Wöschbach. Nach hartem, teilweise unfairem Kampf der Gäste konnte die hiesige Elf das Spiel mit 1:0 für sich entscheiden.

Klavier- und Rezitationsabend

der Konzirtgemeinschaft blinder Künstler

Wer diesen Abend besuchte, erlebte eine unterhaltsame und genußreiche Stunde. Rezitator Hans Günther war den zahlreich erschienenen Freunden seiner Sprechkunst kein Unbekannter mehr. Immer wieder spricht aus der Auswahl seiner Prosa und Lyrik, trotz des eigenen harten Schicksals, das er durch seine Kunst bezwingt, ein bejahendes „Ja“ zum Leben. Bekenntnisthats hatte er so aus den Goetheschen Gedichten „das Göttliche, Natur und Kunst und die Beherzigung“ herausgesucht, die besetzt gesprochen wurden. Zur geistigen Durchdringung tritt eine ausgefeilte Sprechkultur. Ein schönes, weiches, modulationsfähiges Organ gibt seinem Vortrag Klang und Farbe! Das wurde besonders bei der Gestaltung Hebelischer Prosa offenbar. So wurde der Meister der Anekdoten bei Darbietung der „beiden Mittagessen“ und beim „Unverhofften Wiedersehen“ dergestalt verlebendigt, als erzähle da vorne der klassische „Kalandermann“ selbst seine volkstümlichen Geschichten. Fein pointiert formte Hans Günther die den Vortrag geradezu herausfordernden Balladen von Böries v. Münchhausen. Wie er die „alten Landsknechte im Himmel“ rumoren ließ, wie die „Lederhosensaga“ greifbare Gestalt annahm, war eine Meisterleistung. Gegenständig sprach er mit innerer Verbaltheit das „Birkenlegende“. Trist schon der alles verkündende Humor in Goethes „Legende vom Hufeisen“ in Erscheinung, so erreichte er laute Heiterkeit mit dem frechdreisten „Krakelkackel“.

den Künstler erstaunliche Treffsicherheit sind stets dienstbar, geistig zu formen. Griegs Sonate op. 7 hätte zwar noch Spannungsgeladener sein dürfen, doch kam sie in der Gegenständigkeit ihres auf Klangwirkung gestellten Aufbaus recht wirksam zur Geltung, besonders in den kraftvollen Schlußsteigerungen der Ecksätze, im gesangvollen Andante und in den lyrischen Zwischensätzen. Ein Musikerpart wie Rob. Schumann kam in seinen drei Phantasiestücken aus op. 12 der Grundveranlagung des Künstlers entgegen, so daß der poetische Gehalt der subtilen Klanggebilde „des Abends“ „Warum“ ebenso ausgeschöpft wurden wie der energiegeladene Aufschwung. Ein Verdienst erwarb sich Rosenzweig, daß er den im Konzertsaal vernachlässigte Reger auf das Programm stellte. Gerade die volkstümlich einprägsamen Klavierstücke „Aus meinem Tagebuch“ op. 82 eignen sich zur Einführung in seine, an reizvollen Modulationen so reiche Klangwelt. Der typische Regerstil war in seiner Differenziertheit gut getroffen. Er verlangt weichen, nuancierten Anschlag und in den Presti-Sätzen vollendete Technik. Sie kam der glänzend gespielten „Konzert-Paraphrase“ über den Walzer „An der schönen blauen Donau“ in eigener Bearbeitung zustatten. Man kann über die künstlerische Berechtigung solcher virtuosen Bearbeitungen geteilter Meinung sein. Aber bei so vollkommenen Ausschöpfung aller pianistischen Mittel, wenn auch einseitig auf effektvolle Brillanz gestellt, zündet und erfreut auch solch leichtere Kost in sorgenbeschwerter Zeit! Beide Künstler ernteten für solche Lösungen vom Alltag dankbaren Beifall der Zuhörergemeinde und dankten mit Dreingaben. —ck

Wirtschafts-Nachrichten

Briketts sollen teurer werden Das Bundeswirtschaftsministerium hat dem Kabinett einen Vorschlag zugeworfen, wonach in den Braunkohlenbezirken Köln, Heinstadt und Kasel der Abnahmepreis für Braunkohlenbriketts um 5 DM pro Tonne erhöht werden soll. Nicht von dieser Preissteigerung betroffen werden nach Angaben eines Sprechers des Bundeswirtschaftsministeriums Haushaltungen und lebenswichtige Betriebe. Lediglich die übrigen Industrieabnehmer sollen künftig je Zentner Braunkohle 25 Pfennig mehr bezahlen.

werten vor allem jüdischer Opfer des Naziregimes zu erlebten. Abwertung in Frankreich? Unter Vorsitz des französischen Finanzministers Mayer sind bekannte französische Wirtschaft- und Finanzachverständige zu einer Sitzung zusammengetreten. Dieser Umstand verstärkte die seit einiger Zeit umlaufenden Gerüchte über eine bevorstehende Abwertung des Franc. Außerdem wird davon gesprochen, daß Mayer beabsichtige, wieder Goldmünzen prägen zu lassen. Auf Grund des gegenwärtigen Dollarkurses und der fast astronomischen Goldpreise am freien Markt ist man in französischen Finanzkreisen der Ansicht, daß nur noch der Ausweg einer Franc-Abwertung offen ist.

Es wird mehr geraucht Die im Bundesgebiet im August abgesetzten Tabakwaren erreichten einen neuen Höchststand seit Kriegsende. Bei einem Zigarettenverbrauch von 2,6 Milliarden Stück belief sich die Steigerung gegenüber Juli auf zehn Prozent, bei 1,5 Millionen kg Feinschnitt auf 12 Prozent und bei 320 000 kg Pfeifentabak auf 25 Prozent. Der Absatz von 333,4 Millionen Zigaretten lag um 6 Prozent über dem Vormonat, wenn er auch hinter früheren Ergebnissen zurückblieb. Die bedeutende Steigerung des Absatzes von Rauchtobak dürfte auf die umsatzbelebende Wirkung der neu eingeführten steuerbegünstigten Preisklassen zurückzuführen sein. Der Kleinverkaufswert sämtlicher Tabakwaren war mit 329,1 Millionen DM um 8,6 Prozent höher als im Vormonat.

Sofortprogramm für die Kohlenförderung Deutsch-amerikanische Ausschüsse arbeiten, wie aus Bonn verlautet, zur Zeit ein Sofortprogramm zur Erhöhung der Kohlenförderung aus. Durch ein Prämiensystem, ein technisches Hilfsprogramm und den Bau von Bergarbeiterwohnungen soll versucht werden, die Arbeitsleistung der Bergleute zu steigern, die gegenwärtig noch erheblich unter der Leistung in fast allen übrigen Wirtschaftszweigen liege. Das technische Hilfsprogramm soll mit möglichst geringen Investitionsmitteln durchgeführt werden und eine Rationalisierung und Verbesserung technischer Methoden vorsehen.

Nazi-Opfer können Vermögen transferieren Die Hochkommission hat die Bundesregierung in einer Note mitgeteilt, daß Vermögenswerte von Opfern des Nazi-Regimes in einem Gesamtwert von 20 Millionen Sperr-Mark jetzt in das Ausland transferiert werden dürfen. Die Alliierten gaben damit einem Ersuchen der Bundesregierung statt, die Restitution von Vermögens-

Höhere Sicherheit im Ausfuhrgeschäft Der Gesamtbetrag für die Übernahme von Sicherheitsleistungen und Gewährleistungen im Ausfuhrgeschäft durch den Bund soll von 1,2 Milliarden auf 2,4 Milliarden DM erhöht werden. Ein entsprechender Gesetzentwurf der Bundesregierung ist dem Bundesrat zugeleitet worden.

den. Die Nachfrage nach Garantien und Bürgschaften des Bundes zur Sicherung von Ausfuhrgeschäften gegen die mit diesen Geschäften verbundenen Risiken sei so groß, daß der für diese Zwecke ursprünglich vorgesehene Betrag bereits jetzt als unzureichend angesehen werden müsse, heißt es in der Begründung der Bundesregierung.

Schuldenskonferenz erst im Januar 1952 Die Konferenz zur Regelung der deutschen Vorkriegsschulden werde wahrscheinlich erst im Januar 1952 stattfinden, erklärte Beamte der britischen Regierung. Als Begründung für die erneute Verschiebung wurde von der gleichen Seite gesagt, daß die Vorbereitungen längere Zeit beanspruchten, als man ursprünglich gedacht habe. Für die Bundesrepublik ist diese Klärung insofern wichtig, als hiervon auch die Neuaufnahme von Auslandskrediten abhängt.

Wirtschaft in Kürze Zwischen der Bundesrepublik und Indien werden voraussichtlich Ende Oktober Handelsbesprechungen mit der Türkei in Ankara beginnen aufgenommen. Gleichzeitig sollen auch

Zürcher Notenzinverkehrskurse 16. 10. 15. 10. New-York (1 Dollar) 4.36 1/2 - 4.35 1/2 London (1 Pfd.) 10.15 - 10.30 Paris (100 fr.) 1.01 1/2 - 1.04 Brüssel (100 Belg. fr.) 8.12 1/2 - 8.05 Mailand (100 Lire) 0.63 1/2 - 0.64 1/2 Deutschland (100 DM) 82.75 - 83.00 Wien (100 Sch.) 12.55 - 12.80 Holland 103.00 - 104.00 Kopenhagen 48.00 - 48.50 Oslo 43.00 - 43.50 Berlin, den 16. 10. 51: Wechselstuben-Umrechnungskurs 1 DM(West) = 3.70 - 3.90 DM (Ost)

Deutsche Wertpapierbörsen Frankfurt: 16. 10. 15. 10. Adlerwerke 16. 10. 15. 10. AEG 36 73 Brown Bov. 160 160 Laimler 65 1/2 64 1/2 Degussa 130 1/2 125 Fordwerke 101 1/2 98 Siemens St. 80 79 1/2 Siemens Vzg. 75 Zellstoff Waldhoff 104 104 BMW Deutsche Bank 59 58 Dt. Effekt. B. 55 1/2 54 1/2 Dresdner Bank 37 38 1/2 Frankf. Hypothekbank 37 38 1/2

Obsigroßmarkt Oberkirch Preise am 15. Oktober: Apfel 14-31, Birnen 21-32, Kastanien 30-32, Zwetschgen 30

Wettervorhersage Bei schwachen Winden weiterhin heiter bis wolkenlos. Tageshöchsttemperaturen 15 bis 18 Grad, Tiefsttemperaturen vielfach unter Null.

Barometerstand: Schön. Thermometerstand (heute früh 8 Uhr.): +1° Rheinwasserstand am 16. 10.: Konstanz 299 (-2) Rheinfelden - (-) Breisach 128 (+2) Straßburg 180 (-2) Maxau 342 (+4) Mannheim 180 (-3) Caub 118 (-4)

ETTLINGER ZEITUNG Südd. Heimatzeitung für den Albgau. Verantwortlicher Herausgeber: A. Graf. — Druck und Anzeigenannahme: A. Graf, Ettlingen, Schöllbronner Straße 5, Telefon 187. Anzeigenannahme für Karlsruhe: Annoncen-Kreis oHG, Karlsruhe, Waldstr. 30, Ruf 712

VERSCHIEDENES Hausschneiderin regelmäßig einmal monatlich gesucht. Zu erfr. unter 3616 in der EZ. Frau empfiehlt sich im pünktl. Bügeln u. Wischsaubessern. Angeb. unter 3646 an die EZ. Auf meinem Lager billig abzugeben: 2 Bettstellen in Holz, 1 Ofen, etl. Tische u. Stühle, 1 Küchenschrank, 1 Kommode, etl. große Vasen, 1 Lexikon, Spiegel, Bilder, 1 D.-Schreibtisch. — Adolf Kraft, Möbeltransport, Rheinstr. 8 b. Kino.

ZU VERKAUFEN Nutz- und Fahrkuh (schwere, 40 Wochen trächtig) und vier Läufer Schweine zu verk. Burbach, Haus Nr. 39. Gute Nutz- u. Fahrkuh, 34 Wo. trächtig, zu verkaufen. Oberweier - Haus Nr. 69. 1 Schlafzimmer (roh), 1 Zentrifuge (wenig geb.), 1 Flug, 1 Jauchefäß zu verkaufen. Reichenbach - Ortsstraße 36. Faß, neu, rund, 315 Liter, zu verkaufen. Zu erfr. unter 3643 in der EZ. Größeres Faß, gut erhalten, billig zu verkaufen. Zu erfr. unter 3647 in der EZ.

Albtal-Perle Sonntag, 21. Okt. Omnibusfahrt zum Weinfest nach Oberkirch Abfahrt 10.30 Uhr Schillerschule. Preis 4.50 DM Anmeld. bei Bekir, Krause, Wäldin, Scheffelstr. 27, Tel. 357.

Winterfahrpläne 1951/52 Neues Amtliches Kursbuch für Südwestdeutschland DM 1.80 Amtlicher Taschenfahrplan für Baden u. Württemberg-Hohenzollern DM 0.60 Buchdruckerei A. Graf, Ettlingen, Schöllbr. Str. 5

BEKANNTMACHUNGEN Schutz der Felder und Gärten gegen Tauben Unter Bezugnahme auf meine Rundverfügung vom 21. 9. 1951 Nr. 277/51 wird die für die Taubenflugsperrung festgesetzte Frist bis zum 15. November 1951 ausgedehnt. Alle Tauben, ausgenommen Brief tauben, sind bis zu dem genannten Termin eingesperrt zu halten. Der Landrat

Plakate Süßer Neuer Wein Neuer Wein empfiehlt Buchdruckerei A. Graf, Ettlingen, Telefon 187

Bronchial-Tee Werte „Beryllin“ hat sich außerordentlich bewährt bei Husten, Heiserkeit u. Verkeimung des Kehlkopfes. Dr. Katarre im Ring, dem Wäldin's Bronchial-Tee. Orig.-Packg. v. 0.75 an Vorrätig bei Badenia-Drogerie Rud. Chemnitz Leopoldstraße 7

ZU KAUFEN GESUCHT Bauplatz (3 bis 4 Ar) in Ettlingen oder Albtal zu kaufen gesucht. Angeb. unter 3648 an die EZ

Der Kennor lobt, der Zweifler probt: BADENIA-PUTZOEL das angenehm riechende Reinigungsmittel für gewachene Böden jeder Art. Ohne Wasser, Seife und Späne anwendbar. Badenia-Drogerie Rudolf Chemnitz, Telef. 299

Pilo poliert jeden Schuh

STELLENANGEBOTE Tagesmädchen, 15 Jahre, sauber und ehrlich, in Villenhaushaushalt gesucht. Angebote unt. 3617 an die EZ. Tagesmädchen in angenehme Dauerstellung bei guter Bezahlung sofort gesucht. Zu erfr. unter 3641 in der EZ.

Deutscher Wermutwein 1.28 1/2 Fl. o. Gl. Reiner Bienenhonig Auslese, 500 g Gl. Inh. 1.75 Traubenzucker 500 g -85 Vollmilch-Schokolade 100 g Tafel -65 Tortenkeks 100 g -25 CICHON vormals H. Hauck Lebensmittel - Feinkost - Spezialhaus Ettlingen, Leopoldstr. 21, Tel. 484

Umschau in Karlsruhe

Neuer Operetten-Tenor in Karlsruhe
Staatsintendant Heinz Wolfgang Wolf hat den bisherigen Operetten-Tenor des Wiesbadener Staatstheaters, Carl Heint Graumann, an das Badische Staatstheater in Karlsruhe verpflichtet.

Karlsruhe. Am 21. Oktober wird in der Evangelischen Kirche der Männersonntag Landeskirche hat diesen Sonntag unter das Thema gestellt „Die Rettung der Familie in der wirtschaftlichen Not der Gegenwart.“ (epd)

„Hochverehrtes Publikum...“

Karlsruhe (hpd). Mit den Worten: „Hochverehrtes Publikum, ich bin kein Heilseher!“, so leitete der „Wundermann“, den man kürzlich in Stuttgart sah und der in Karlsruhe ein Engagement in einem Kaufhaus als Lockvogel angenommen hatte, seine Vorträge ein.

Aus der badischen Heimat

Vom Krankenhaus ins Krankenhaus
Schwetzingen (Iwb). Bei einem schweren Verkehrsunfall, der sich in Schwetzingen ereignete, wurden ein 35jähriger Flüchtling aus der Sowjetzone getötet und seine Frau schwer verletzt.

Ausbau der Ortsdurchfahrt Heidelberg
Heidelberg (Iwb). Die Gesamtkosten für den Ausbau der Bundesstraße 3 und 37 innerhalb von Heidelberg sind auf eine Mill. Mark veranschlagt.

Sender Dossenheim übergeben
Heidelberg (Iwb). Im Sendegebläude des Senders Heidelberg-Dossenheim, der seit dem 1. September auf Mittelwelle das zweite Programm der Südd. Rundfunks ausstrahlt, fand in Gegenwart der Mitglieder des Rundfunk- und des Verwaltungsrates des SDR die feierliche Schlüsselübergabe durch den technischen Direktor des Senders, Dr. Helmut Rupp, an den Leiter der Dossenheim-Station, Willi Jentner, statt.

Motorradfahrer tödlich verunglückt
Mannheim (Iwb). Bei einem Zusammenstoß zwischen einem Lastkraftwagen und einem Motorrad, der sich in Mannheim-

Waldhof ereignete, ist der Motorradfahrer tödlich verunglückt. Der Fahrer war mit seiner Maschine zu Fall gekommen und unter die Räder des Lastkraftwagens geraten. Er wurde mehrere Meter weit mitgeschleift. Der Tod trat während der Überführung in das Krankenhaus ein.

Beginn der Traubenlese in Wiesloch
Wiesloch (Iwb). In Wiesloch, der größten Weinbaugemeinde in Nordbaden, beginnt am kommenden Samstag die allgemeine Traubenlese. Nach einer Vereinbarung zwischen Stadtverwaltung, Winzergenossenschaft und Landwirtschaftsamt wurde die Traubenlese an Sonntagen verboten.

Neckargemünd. In Neckargemünd konnte ein modern eingerichtetes Lehrlingsheim für gehörlose Jugendliche seiner Bestimmung übergeben werden. Das Heim kann 25 Lehrlinge aufnehmen. (hpd)

Wertheim. Auf der Straße nach Miltenberg stürzte ein Panzer, der einem Motorradfahrer der Manövertruppen ausweichen wollte, eine tiefe Böschung hinunter. Der

Führer des Panzers verunglückte tödlich. Ein anderer Soldat erlitt erhebliche Verletzungen. (hpd)

Rohrbruch im Kraftwerk Waldshut
Mehrere Monteure vermisst

Waldshut (Iwb/Ibs). Ein Druckrohrbruch der Turbinenzuleitung im Maschinenhaus des Schlußkraftwerkes Waldshut verursachte schweren Schaden. Die mit ungeheurer Wucht emporschießende Wassersäule sprengte das Dach des etwa 30 m hohen Maschinenhauses und setzte in Sekundenschnelle das Kraftwerk und dessen Umgebung unter Wasser. Bisher wurden vier Leichtverletzte in das Krankenhaus überführt. Vermißt werden noch mehrere in den Turbinenschächten arbeitende Monteure. Die Rettungsaktionen sind im Gange. Die Stromerzeugung ist völlig unterbrochen.

Das Kraftwerk, das die letzte Staustufe des Schlußkraftwerkes ist, diente zum Kraftspitzenausgleich der Rhein-Ruhr-Energie-Versorgung und war am 2. Juni dieses Jahres eingeweiht und in Betrieb genommen worden. Die Größe des Schadens ist noch nicht festzustellen.

Der Volkswagensparer-Prozeß

Beginn der Revisionsverhandlung vor dem Bundesgerichtshof

Karlsruhe (UP). Vor dem ersten Zivilsenat des Bundesgerichtshofes in Karlsruhe begann unter starkem Zuhörerandrang das mit Spannung erwartete Revisionsverfahren im Volkswagensparer-Prozeß.

Der Prozeß ist von dem Vorsitzenden des Hilfsvereins der Volkswagensparer, Karl Stolz aus Erlinghausen (Westfalen), gemeinsam mit dem Berliner Kaufmann Rudolf Meichner zur Klärung der Rechte der Volkswagensparer angestrengt worden. Der Hauptpunkt der Entscheidung wird sein, ob es dem Volkswagenwerk wirtschaftlich zugemutet werden kann, den Forderungen der ehemaligen Volkswagensparer nachzukommen. Nach etwa sechstündiger Dauer wurde die Revisionsverhandlung abgeschlossen und vom Vorsitzenden des Senats, Professor Dr. Lindemeier, als Termin für die Entscheidungsverkündung der 23. Oktober anberaumt.

In dem Verfahren, das bereits durch zwei Gerichtsinstanzen vor dem Landgericht Hildesheim und Oberlandesgericht Celle mit negativem Erfolg für die Volkswagensparer gelaufen ist, wurde von beiden Parteien noch einmal der Tatbestand beleuchtet.

Die Partei der Volkswagensparer wies unter anderem darauf hin, daß das Volkswagen-

Werk seit Beginn des Prozesses den Preis für seine Fahrzeuge um 900 DM gesenkt und dabei noch die Gehälter und Löhne erhöht habe. Bei einem Selbstkostenpreis des Wagens von 2475 DM habe das Werk trotz der vorgenommenen Preissenkung und der freiwillig gewährten großzügigen sozialen Leistungen einen Jahresüberschuss von 44 Mill. DM verbuchen können.

Die Kläger fordern, einen Volkswagen zu dem heutigen Selbstkostenpreis oder zu einem Vorzugspreis geliefert zu bekommen. Ferner verlangen sie eine Klärung der Stellung derjenigen Sparer, die den alten Kaufpreis von 990 RM bis zum Dezember 1944 noch nicht voll eingezahlt hatten.

Ein Vertreter des Volkswagenwerkes erklärte für die Gegenpartei, daß es sich bei dem damaligen Sparsystem um eine politische Aktion der Deutschen Arbeitsfront (DAF) gehandelt habe. Es müsse bezweifelt werden, ob diejenigen, die für diese Aktion Geld gegeben hätten, heute das Volkswagen-Werk zur Rechenschaft ziehen könnten. Die Erfüllung der Forderungen der ehemaligen Volkswagensparer würde für das Werk verhängnisvolle wirtschaftliche Störungen nach sich ziehen.

Wasser für Südwestdeutschland vom Bodensee

Fünf Pläne für die Fernwasser-Versorgung - Der Bodensee als Wasserreservoir

In verschiedenen Teilen des südwestdeutschen Raumes hat die Wassermot in den letzten Jahren Ausmaße angenommen, die dringender einer großzügigen Abhilfe bedürfen. Die starke Zunahme der Bevölkerungsdichte und die fortschreitende Industrialisierung der südwestdeutschen Länder haben den Wasserverbrauch derart erhöht, daß die zum großen Teil bereits vor mehr als 50 Jahren angelegten örtlichen Wasserversorgungsanlagen den Anforderungen nicht mehr gewachsen sind.

Der Württemberg-Badische Städteverband hat daher vor etwa einhalb Jahren eine Studienkommission gebildet, die untersuchen soll, wie die besonders im mittel- und süd-württembergischen Raum herrschende Wassermot behoben werden kann. Der Organisationsausschuß dieser Kommission wird von dem Stuttgarter Oberbürgermeister Dr. Klett geleitet.

Acht Mangelräume

In der dazwischenliegenden Zeit hat sich nun die Studienkommission eingehend mit den Gründen beschäftigt, die für die Zunahme

des Wassermangels verantwortlich sind, insbesondere wurde dabei die Wassermot folgender acht Mangelräume erkundet: Gebiet des unteren Neckars mit Mittelpunkt Heilbronn, Mittel-Württemberg mit Stuttgart, Ludwigsburg, Eßlingen, Waiblingen, Leonberg und Böblingen, das Fißtal, das Albvorland mit Nürtingen und Reutlingen, das obere Neckargebiet, die Zollernalb, das Gebiet der oberen Donau mit Tuttlingen und das Bodenseegebiet mit Ravensburg und Tettnang. Dabei wurde vor allem die Entwicklung des Industriewasserverbrauchs eingehend untersucht, wobei festgestellt wurde, daß auch bei mittleren und kleineren Gemeinden der Wasserverbrauch für industrielle und gewerbliche Zwecke ständig zunimmt. Während so im vergangenen Jahr der tägliche Wasserverbrauch je Kopf je nach Größe der Gemeinden 80 bis 200 Liter betrug, wurde ausgerechnet, daß für das Jahr 1980 bereits mit einem Bedarf von 230 bis 300 Litern je Kopf und Tag zu rechnen ist. Für die genannten Hauptmangelgebiete ist bis zum Jahre 1980 ein Wassermehrabbedarf von 3000 Litern in der Sekunde zu erwarten.

Fünf Versorgungs-Projekte

Schon um die Jahrhundertwende hatten bekannte Wasserfachleute Projekte für die Überleitung von Wasser aus Überschußgebieten in Wassermangelgebiete aufgestellt. Diese Pläne wurden von der Studienkommission für Wasserversorgung neu bearbeitet. Im einzelnen wurden fünf Projekte entworfen: das Rheintalprojekt, das Eyachtal-Projekt, das Donautal-Projekt, das Illertal-Projekt und schließlich das seit Jahren immer wieder diskutierte Bodensee-Projekt, das für die Wasserversorgung von Württemberg seit langem eine ganz besondere Rolle spielt. Der Ober- und der Überlingersee bilden ein gerades ideales Wasserreservoir. Die dort vorhandenen 27 örtlichen Wasserwerke finden in einer Tiefe von 50 Metern ein in jeder Hinsicht geeignetes Wasser, das zum größten Teil weder gefiltert noch gechlort werden muß. Dazu kommt, daß eine zusätzliche Entnahme von jährlich 30 Millionen cbm für den Bodensee bei einem Inhalt von 48,5 Milliarden cbm und einem mittleren Zufluß von jährlich 11 Milliarden cbm wasserwirtschaftlich völlig bedeutungslos wäre. Sie entspräche nur etwa einem Zehntel der normalen Verdunstung über der Seefläche. Die Entnahmestelle ist bei Sipplingen in etwa 50 Meter Tiefe vorgesehen. Die Zuleitung nach Mittel-Württemberg wäre zwar 150 km lang, sie würde aber alle Mangelräume unseres Gebietes durchziehen und könnte später beliebig erweitert werden. Die beiden Projekte Bodensee und Illertal werden in Bezug auf die technischen Einzelheiten noch eingehend untersucht.

Auf der diesjährigen Jahrestagung der Gas- und Wasserverbände von Württemberg-Baden, Baden und Württemberg-Hohenzollern in Reutlingen, auf der ausführlich über alle Probleme der Wassermot und ihrer Behebung gesprochen wurde, kam zum Ausdruck, daß sämtliche Projekte in einem Zeitraum von etwa vier Jahren mit einem Kostenaufwand von schätzungsweise 80 bis 100 Millionen DM ausgeführt werden könnten. Das Finanzierungsproblem muß allerdings noch gelöst werden. Es wird jedoch erwartet, daß alle interessierten Stellen - vor allem die Gemeinden und die Industrie - für die Verwirklichung dieser Projekte Zuschüsse gewähren werden.

Aus den Nachbarländern

Vorfahrt nicht beachtet

Heilbronn (hpd). Ein Motorradfahrer aus Flein stieß mit einem Lastwagen zusammen, weil - nach dem Polizeibericht - dessen Lenker die Vorfahrt nicht beachtet hatte. Der Motorradfahrer wurde bei dem Zusammenstoß von seinem Fahrzeug geschleudert und etwa zehn Meter mitgeschleift. Er mußte mit einem Schädelbasisbruch in das Krankenhaus gebracht werden und verstarb dort während der Operation.

Flucht vor der Schlachtbank

Leonberg (hpd). In Hoffingen wollte ein junger Metzger eine Kuh von der Gemeindegasse zum Schlachthaus führen, als sich das Tier plötzlich losriß und davonrannte. Der Metzger versuchte die Kuh einzufangen, wurde jedoch von ihr an eine Hauswand geschleudert und blieb bewußtlos liegen. Das wilde Tier mußte an Ort und Stelle mit einem Schußbrennöl getötet werden.

Kaiserslautern lehnt Sowjetzoneeinladung ab

Kaiserslautern (Irp). Der Magistrat von Kaiserslautern hat die Einladung des Stadtrates von Wittenberg in der Sowjetzone zu einem mehrtägigen Besuch abgelehnt. Der Wittenberger Stadtrat hat in seiner Einladung erklärt, es seien im Westen sowie unwahre Berichte über die Sowjetzone im Umlauf, daß es für die Westdeutschen notwendig sei, sich an Ort und Stelle zu informieren. Gleichzeitig sollten die Stadtvertreter gesamtdeutsche Gespräche führen. Die Stadtverwaltung Kaiserslautern betonte in ihrer Antwort, daß gesamtdeutsche Gespräche gegebenenfalls auf höherer Ebene bevorzugen und sich somit ein Besuch in Wittenberg erübrige.



ROMAN VON H. P. LARSEN
Copyright by Dr. Paul Herzog, Tübingen durch Verlag v. Graberg & Görg, Wiesbaden

(36. Fortsetzung)
Aber auch Frau Therese Gonterberg hat unruhige, von Zweifeln und Gewissensplagen erfüllte Tage hinter sich. Lange ist sie zu keinem Entschluß gekommen. Ihr Mann wehrt sich mit aller Macht gegen eine Berührung mit der Polizei. Da in ihrer Ehe eben wieder der Friede zurückgekehrt ist, hat sie ihm, ihrem Manne, nachgegeben. Aber ruhiger ist sie dabei nicht geworden. Frau Therese ist immer eine kluge Frau gewesen. Sie weiß, daß alles einmal ans Licht kommt, daß kein Geheimnis und schon gar kein Verbrechen unentdeckt bleibt, auch wenn es Tage, Wochen oder sogar Monate so scheint. Immer hat in dieser kürzeren oder längeren Frist das Schicksal die Schlinge schon bereit gelegt. Und weil sie das weiß und sich sagt, daß alles viel schlimmer werden wird, wenn der rechte Zeitpunkt die Wahrheit zu bekennen, nutzlos vergangen ist, hat sie einen Entschluß gefaßt: sie wird ohne das Wissen ihres Mannes zur Polizei gehen und über den Giftschrankschlüssel das erzählen, was sie weiß. Wenn sie den Kriminalrat darum bittet, wird ihr Mann vielleicht davon gar nichts erfahren.

sten, ruhigsten Lächeln: „Sie werden überrascht sein, gnädige Frau, wir waren gerade auf dem Wege zu Ihnen...“

„Da bin ich ja...“ h im richtigen Augenblick gekommen“, sagt Frau Gonterberg aufstehend, „Ich wäre Ihnen dankbar, Herr Kriminalrat, wenn mein Mann von meinem Besuche nichts zu erfahren bräuchte...“

„Sie können überzeugt sein“, Höpfer kann in solchen Augenblicken beschwichtigend wie ein guter Vater sprechen „daß von unserer Seite alles geschieht, um jede unnötige Aufregung zu vermeiden. Was sich da machen läßt, tun wir, seien Sie ganz unbesorgt. Und nun erzählen Sie uns am besten selbst, was Sie befuhrte.“

Frau Gonterberg lächelt dem Kriminalrat dankbar zu. Sie hat offensichtlich Mut gefaßt.

„Ich weiß nicht“, beginnt sie, „ob Ihnen das bekannt ist: einige Tage vor dem Mord an Doktor Burgdorf, ich weiß den Tag wirklich nicht mehr genau, verschwand in der Apotheke für eine Zeitlang der Giftschrankschlüssel. Ich wußte das gar nicht. Ich fand einen Schlüssel, von dem ich annahm, daß ihn mein Mann oder Herr Schellmann verloren hatte, im Zimmer auf dem Teppich, hob ihn auf und legte ihn auf den Schreibtisch meines Mannes. Nachher erfähr ich erst, daß es der Giftschrankschlüssel war, den man schon sehr gesucht hatte...“

Da Frau Gonterberg aufhört und den Kriminalrat fragend ansieht, stellt dieser die erste Frage.

„Das dürfte sicher nicht alles sein, gnädige Frau, was Sie zu berichten wissen?“

„Nein“, sagt Frau Gonterberg, „das ist auch nicht alles. Ich habe mir ja die ganzen Tage so den Kopf zerbrochen über diese Geschichte. Ich habe den Schlüssel nicht vom Giftschrank abgezogen, das versichere ich Ihnen.“

„Das will ich Ihnen glauben“, Höpfer sieht sie mit einem unannahmlichen treuerzigen Blick seiner kleinen Augen an, „aber wer, wer hat ihn abgezogen...?“

„Ja“, sagt Frau Gonterberg zögernd, „das kann ich natürlich nicht mit Bestimmtheit

sagen. Ich hatte in der Zeit, in der der Schlüssel verschwunden sein muß, Besuch...“

„Ah...“ Höpfer kann diesen Ausruf nicht unterdrücken, obwohl er ihn gleich bereut. Frau Gonterberg sieht ihn auch sofort beunruhigt an. Aber sie fährt dann doch fort: „Frau Luzie Berger war bei mir.“

„Und Sie glauben, daß diese...“

Frau Gonterberg schüttelt den Kopf. „Ich glaube es nicht, sondern sie muß es gewesen sein. Denn wer soll es denn sonst getan haben? Es war doch weiter niemand im Hause.“

„Verließ denn Frau Berger einmal das Zimmer auf längere Zeit?“

„Das ist es eben, was mir aufgefallen ist. Sie ging zur Toilette und blieb nach meiner Meinung auffallend lange. Nun, bei einer Frau ist das manchmal schwer zu sagen, was lange ist. Sie benutzt jede Gelegenheit, sich aufzufrischen, das Haar zu ordnen. Sie werden das ja wissen. Die Toilette liegt, von der Wohnung aus, am Eingang des Ganges, der in die Apotheke führt. Etwa zwei Meter von ihrer Tür entfernt hängt der Giftschrank, deutlich gekennzeichnet. Nun hat Herr Schellmann sicherlich den Schlüssel stecken gelassen, das scheint außer Zweifel...“

„Und Sie glauben, Frau Berger hat die Gelegenheit benützt...?“

„Ich kann mir's nicht anders vorstellen, Herr Kriminalrat.“

Höpfer sitzt nachdenklich an seinem Tisch. Dann blickt er auf und sieht einen Augenblick in das erregte Gesicht der Frau Gonterberg.

„Nehmen wir einmal an, es wäre so, wie Sie sagen. Frau Berger geht auf die Toilette, geht vielleicht durch Zufall, ohne jede böse Absicht, ein paar Schritte über die Türe hinaus und sieht mit einem Male den Giftschrank. Der Schlüssel steckt. Und schon durchzuckt sie die Idee, die günstige Gelegenheit - lassen wir einmal dahingestellt, zu welchem Zweck - auszunutzen. Sie öffnet den Giftschrank, greift ein beliebiges Gefäß, steckt es schnell ein... und was wird sie dann tun? Sie wird

die Tür des Schrankes wieder zumachen und - den Schlüssel stecken lassen, nicht wahr?“

Jetzt lächelt Frau Gonterberg.

„Ein Mann würde das wahrscheinlich so gemacht haben“, sie blickt den Beamten überlegen an, „aber Sie unterschätzen die Aufregung einer Frau in einem solchen Augenblick. Vor allem einer Frau wie Frau Berger, die nervös ist und die, ich nehme an, sicher in ihrem Leben noch nicht gestohlen hat. Sie hat natürlich gezittert vor Aufregung, wahrscheinlich ist sie an allen Gliedern geflossen. Sie war in der letzten Zeit ständig erregt. Sie mußte erwarten, in jedem Augenblick entdeckt zu werden. Sie griff das Gift, machte zu und hatte, ehe sie selber wußte, wie auch den Schlüssel in der Hand. Das hat sie wahrscheinlich überhaupt erst gemerkt, als sie wieder im Zimmer war. Und dann hat sie den Schlüssel einfach auf den Teppich fallen lassen.“

„Sehr unüberlegt, aber...“ Höpfer nickt Frau Gonterberg anerkennend zu. „Sie haben darüber wirklich sehr ernsthaft nachgedacht, gnädige Frau. Es kann alles durchaus so gewesen sein. Ihre Erklärung ist sehr gut. Irgendein Malheur passiert gerade bei solchen improvisierten, aus der Einbeziehung eines Augenblickes entstehenden Sachen meistens, sogar Leuten, die keine überreizten Nerven haben wie Frau Berger. Aber etwas anderes...“ Und diese plötzliche Frage schnell ab wie ein Pfeil.

„Sie glauben also, daß Frau Luzie Berger Doktor Burgdorf ermordet hat...?“

„Nein, nein, das habe ich nicht gesagt!“ fährt Frau Gonterberg auf.

„Ja, aber wozu denn der Giftdiebstahl?“

Frau Gonterberg senkt das Gesicht. Als sie es wieder zu Höpfer hebt, glaubt er, einen feuchten Schimmer in ihren Augen zu sehen.

„Das weiß ich natürlich nicht“, sagt sie leise, „ich weiß nur, daß Frau Berger sehr unglücklich in ihrer Ehe war und sich von ihrem Manne scheiden lassen wollte. Das hat sie mir selbst gesagt.“

(Fortsetzung folgt)

Der Todes-Ritt der Alemonen

Im brennenden Kakteen-Feld eingeschlossen - Das tödliche Schlag-Wetter

Als vor zwei Monaten der kleine Berberstamm der Alemonen aus Omdurman aufbrach, um seine Zeitstadt in das Kakteenfeld der Oase El Fascher zu verlegen, wie dies alljährlich der Fall ist, wenn die Sonnenglut in der Wüste Sahara am unerträglichsten wird, ahnte Scheikh Metuwhar noch nicht, daß er mit seinem 150köpfigen Volk in den Tod ritt. Aber die Aasgeier schienen irgendwie Beute zu wittern; denn sie umkreisten Reit- und Lastkamele der Alemonen ungewöhnlich niedrig und ließen ihr gieriges Kreischen hören. Hungerige Wüstenschakale heulten in der Nacht, so daß selbst der Scheikh aufhorchte. Er trug daher seinem Bruder Idr ibn Feshar Methuwhar vorsichtshalber auf, noch einmal nach Omdurman zurückzukehren und zusätzliche Munition zu besorgen, falls der schattige Kakteenwald größeren Schakalrudeln Unterschlupf böte.

Idor traf nach wenigen Tagen in Omdurman ein, kaufte die Munition und trat schleunigst den Rückweg an. Mit seinen zwei Eilkamelen hatte ihn Feshar Methuwhar bereits den größten Teil der über 500 Kilometer langen Strecke zurückgelegt, als er sich in Bir Homola eine kurze Verschnaufpause gönnte. Er füllte seine Wasserschläuche und labte sich an einer Melone. Dann suchte er den englischen Stützpunktkommandanten, Mister Brian Kanhouse, auf, um Erkundigungen über den Vorsprung seines Stammes einzuziehen. „Vor vier Tagen haben die Alemonen unsere Station passiert“, sagte Kanhouse. „Vorgestern haben wir eine Patrouille nach El Fascher geschickt, da sich am Wüstenhorizont den ganzen Tag ein heller Feuerschein zeigte, nachdem es zuvor eines der gefährlichen Trockenwetter gegeben hatte. Die Blitzschläge haben wohl einen Kakteenwald entzündet.“ Den

Brüder des Scheikhs packte ein unruhiges Gefühl. Er verabschiedete sich hastig.

Nach zweistündigem Ritt traf der Alemon auf Colonel Birham und seine Begleiter Neel, Pakton und Sheerer. Die tragenden Augen Idors richteten sich auf die Patrouille. „Ganz El Fascher ist in Aufregung“, erklärte Birham. „Nachdem vor einigen Tagen in dem nördlichen Kakteenwald Bodibar ein kleiner Berberstamm seine Sommerzeit errichtet hatte, kam ein Schlagwetter auf, drei oder vier Blitze führten in die trockenen Kakteen, die sofort wie Zunder brannten. In Minuten standen etwa 10 Quadratkilometer des riesigen Kakteenfeldes in Brand. Bis nach El Fascher drang die Hitzewelle. Den Berbern gelang es nicht, einen Ausweg aus dem Flammenmeer zu finden.“ Als der zusammenhängende bewachsene Abschnitt niedergebrannt war, wagten sich die Bewohner der Oase auf die noch fast glühende Stätte und machten die entsetzliche Entdeckung, daß über hundert Menschen und Kamele elendig verbrannt sind. Verkohlte Leichen, Knochenreste und ausgeglühte Gerüstschäften boten einen fürchterlichen Anblick.

So ist Idr ibn Feshar Methuwhar der einzige Überlebende des Berberstammes der Alemonen, die, in dem brennenden Kakteenfeld eingeschlossen, mit Mann und Maus verbrannten. Die britische Wüstenpolizei half dem durch diesen Schicksalsschlag finster und verschlossen gewordenen Bruder des toten Scheikhs, den natürlichen Scheiterhaufen in eine Grabstätte umzuwandeln. Idr blieb in Fascher und manchmal kann man einen Kameleiter sehen, der mit einem fliegenden schwarzen Umhang bekleidet und silbernen Turban auf dem Kopf dem Massengrab zustrebt, um dort zu Allah zu beten. R. v. B.

Edda Ciano-Mussolini will nach Korea

Die Geschichte eines Tagebuchs - Graf Ciano kämpft um sein Leben

Man kann nicht sagen, daß Edda Ciano-Mussolini in den letzten sieben bis acht Jahren von Schicksal sehr verwöhnt wurde. Ihr Gatte wurde erschossen, ihr Vater von Partisanen umgebracht, sie selbst zu Kriegsende interniert und endlich verbraucht, gealtert und fast ohne Mittel wieder freigelassen. Doch die glänzende junge Frau, die lange die Prophetin Nr. 1 des Faschismus war, besaß genügend Freunde. Sie kam bei solchen in einer Villa in Capri unter. Hier erfuhr sie von einem neuen Schicksalsschlag, 35 000 Dollar, die vom Verlagshaus Doubleday und Co. auf einem amerikanischen Bankkonto unter ihrem Namen hinterlegt worden waren, verfielen der Konfiskation. Es war der Erlös für den Verkauf der Autorenrechte an Cianos „Tagebuch“. Die Veröffentlichung dieses „Tagebuchs“ gegen Kriegsende war eine Sensation, die eine sehr abenteuerliche Vorgeschichte hatte. Edda hatte versucht, mit diesen Dokumenten das Leben ihres Gatten zu retten und fast wäre es ihr gelungen.

Eine Spionin der SS

Graf Ciano hatte Tag für Tag seine Gespräche mit den führenden Männern der Achse aufgezeichnet. Alle Geheimnisse, alle Vertraulichkeiten, die er zwischen 1933 und 1943 erfuhr, waren in einigen Heften sorgfältig gesammelt. Nun wußte Edda, daß Himmler diese Dokumente gerne haben wollte, da er darin Dinge zu finden hoffte, mit denen er seinen guten Freund Ribbentrop in den Augen Hitlers schief machen konnte. Sie schlug daher dem Chef der Gestapo vor, diese Dokumente zu übernehmen und dafür beim Führer zu erreichen, daß er die Exekution ihres Mannes verhindere. Die erste Verbindung wurde durch eine geheimnisvolle Spionin der SS, eine gewisse Frau Beetz, hergestellt, die sich in Ciano verliebt hatte und die Erlaubnis erhielt, ihn täglich in seiner Zelle in Verona zu besuchen. Edda wußte dies, aber sie entschloß sich doch, sich mit ihr zu verbünden. Verfolgt sie nicht das gleiche Ziel? Durch Frau Beetz trat die Gräfin mit Harster und Kaltenbrunner in Verbindung. Am 27. Dezember ließ sie Kaltenbrunner wissen, daß die Besprechungen von einer Stunde auf die andere zu einem positiven Ergebnis führen könnten.

Das verpaßte Rendezvous

Bald wurden die genauen Einzelheiten festgelegt. Am 6. Januar sollten Frau Beetz und ein Offizier der SS Frau Ciano an einer Straßenkreuzung 20 Kilometer nördlich von Verona um 19.30 Uhr erwarten und zu einem Ort bringen, wo sie ihren Mann treffen würde. Während dieser in Innsbruck Unterschlupf finden sollte, hätten die Gräfin und Frau Beetz in die Schweiz reisen sollen, wo das Tagebuch und andere wichtige Dokumente übergeben worden wären.

Es war keine Zeit zu verlieren. Ein Freund Cianos, Graf Puci, fuhr nach Rom, um einen Teil der Dokumente zu holen. Edda begab sich um den Rest nach Parma. Aber durch eine Reihe von Pannen kam sie um 2 1/2 Stunden zu spät zum Rendezvous. Niemand war da. Sie wartete bis 1 Uhr nachts auf der dunklen Straße und bat einen vorbeifahrenden Motorradfahrer, sie nach Verona mitzunehmen. Am nächsten Morgen wurde sie von Frau Beetz besucht, die bis 20.30 Uhr gewartet hatte und dann glaubte, daß sie nicht mehr käme. Die Sache war übrigens nicht sehr wichtig. Harster hatte am Vortag gegen Abend den ausdrücklichen Befehl von Hitler erhalten, „daß die Gerechtigkeit sowohl im Falle von Graf Ciano wie bei den anderen Mitgliedern des faschistischen Großrates ihren Lauf nehmen solle“. Der Gräfin Ciano sei es absolut verboten, Italien zu verlassen.

Eine geheimnisvolle Kassette

Diese Maßnahmen waren wohl auf Ribbentrop zurückzuführen, der irgendwie von dem Komplott Wind bekommen hatte. Wahrscheinlich durch seine eigenen Spione, denn die Agenten der verschiedenen Dienste waren ja weit davon entfernt, zusammenzuarbeiten.

Der Inhalt des „Tagebuchs“ war zumindest einem der deutschen Spionagedienste bekannt. Eines schönen Morgens im Jahr 1943 wurde Edda in den Garten ihrer Villa in Livorno gerufen: „Komm Mama, das große Loch anschauen!“ Aus dem Haus war die Kassette mit den kostbaren Dokumenten verschwand. Es konnten nur die Deutschen gewesen sein. Aber waren es Deutsche im Solde von Himmler, von Ribbentrop oder von Canaris? Man wußte es nicht. Ein paar Wochen später wurde übrigens die Kassette mit der gleichen Diskretion zurückgestellt. Man hatte sich jedenfalls in Berlin genügend Zeit genommen, die Dokumente zu überprüfen und es scheint, als ob die für Ribbentrop unangenehmen Seiten vernichtet worden wären. Immerhin kann man annehmen, daß Ribbentrop Himmler bei Hitler zuvorkam.

Die Exekution Cianos war in Berlin beschlossene Sache, doch er weigerte sich, die Partie aufzugeben. Er gab durch Frau Beetz seiner Gattin die letzten Weisungen. „Versuche, trotz allem in die Schweiz zu kommen, und drobe von dort Hitler und Mussolini, mein Tagebuch den Alliierten zu verkaufen, falls ich erschossen werde. Für den Fall, daß sie auf ihrem Entschluß beharren, schicke mir Gift. Ich gönne ihnen nicht das Vergnügen, an einer Exekutionspfahl gebunden zu werden.“ Edda suchte daher, bevor sie das Land verließ, einen Apotheker auf. Der wußte bei der aufgeregten Frau gleich, woran er war. Graf Ciano erhielt nur sehr schwache Pillen. Als Ciano erfuhr, daß Hitler unerbitlich bliebe, nahm er eine Dosis, die er für tödlich hielt. Sechs Monate nach Cianos Hinrichtung verkaufte die Gräfin durch Vermittlung eines amerikanischen Korrespondenten die Verlagsrechte für das Tagebuch an die Firma Doubleday und Co. Sie zog keinen großen Nutzen aus dem Geschäft, nahm aber, wie es scheint, die Sache ziemlich philosophisch hin.

Nun hat Edda Ciano von Capri, von Italien und von Europa genug. Sie hat nur einen großen Wunsch: Krankenschwester in Korea zu werden. Vielleicht wird sie sich dort von einer Vergangenheit lösen können, die wie ein Drama von Shakespeare mit allzuviel Unglück belastet ist. W. D.

Säbelzahnhaustiger hausten bei uns

Mastodone und Urpferde im Hegau - Sensationelle Urweltfunde

Zum erstenmal in der Geschichte der Urweltforschung wurden nördlich der Alpen, in der Nähe von Engen am Südhange des Schwarzwaldes, systematische Ausgrabungen vorläufig abgeschlossen, die eine zusammenhängende Anzahl bedeutender Tierfunde aus der Zeit des jüngeren Tertiär ergaben. Bisher sind derartige Funde urweltlicher Riesentierreste, wie des Mastodons und des Säbelzahnhaustiger, nur südlich der Alpen bekannt gewesen.

Diese Mitteilung machte der deutsche Geologe Dr. Erwin Jörg vom Geologisch-Paläontologischen Institut der Universität Freiburg. Die Ausgrabungen waren im August 1950 begonnen und im September 1951 unter wissenschaftlicher Aufsicht wieder aufgenommen worden. Das Gelände, auf dem die Funde gemacht wurden, liegt beim sogenannten Hoenegg nördlich von Engen, einem erloschenen Vulkan.

Nach den inzwischen von den Forschern des Universitäts-Instituts einwandfrei bestimmten Knochen- und Gebälresten lebten in der Busch-Steppe am Fuße dieses Vulkans im Herzen Europas vor etwa 10 Millionen Jahren jene sagenhaften, z. T. riesengroßen Ahnen unserer heutigen Tierwelt, das Mastodon, das Dinosaurium, das Ur-Nashorn, das Ur-Pferd, und der König der damaligen Fauna, der Säbelzahnhaustiger. Das Dinosaurium, ein Ur-Aha des heutigen Elefanten, war viel größer als die uns bekannten Dickhäuter. Ein bei Engen gefundener Oberkiefer dieses Tieres ist

Versuchsstation Limburger Hof der BASF

Traum des Stephan Gugenmus - Griff in die Luft - Kunstdüngung und Bodenfruchtbarkeit

Seit Aonen nährt die Mutter Erde ihre Geschöpfe: Pflanze, Tier und Mensch. In den ewig quellenden Rhythmus ihrer natürlichen Fruchtbarkeit fügte sich auch der Mensch seit seinem späten Erscheinen auf der Erde noch eingebettet, als er von nomadischen Lebensformen zur Selbsttätigkeit, zu höheren Kulturstufen des Wald-, Acker- und Viehbaus überging. Er fühlte sich im Grunde immer nur als Diener der Natur, der er Hilfen zu geben hatte, die er aber nicht zu beherrschen versuchte. Wenn er gegen dieses Gesetz freverichte sich die Natur. Die von Menschen und verursachten Wüsten auf dieser Erde legen bedroht Zeugnis davon ab. Der Mensch nahm diese Rache der Natur hin als verdiente Strafe Gottes.

Diese Grundeinstellung änderte sich auch noch nicht, als die modernen Staaten begannen, so etwas wie Agrarpolitik zu treiben und zum Studium ihrer Methoden wissenschaftliche Schulen und Lehrmeinungen zu begründen. Deren bekannteste wurde im 18. Jahrhundert durch den französischen Arzt Quesnay als „physiokratische“ bezeichnet nach ihrem Kernsatz, daß aller Reichtum der Völker von der Natur, vom Boden herkomme. Sie war die Lehrmeinung vom Landbau als höchster aller Künste.

Einer der bedeutendsten Vertreter dieser physiokratischen Lehrmeinung auf deutschem Boden, der Heidelberger Volkswirt Stephan Gugenmus, entwickelte vor genau 180 Jahren, also 1771, einen Plan zur allgemeinen Förderung des Landbaues. Ein Teil dieses Planes war sein Vorschlag, das „Limburger Gut“ in der Rheinebene zwischen Ludwigshafen und der alten Kaiserstadt Speyer zu einer landwirtschaftlichen Versuchswirtschaft zu entwickeln. Es ist kaum anzunehmen, daß das Limburger Gut — wie spätere Quellen es wahrhaben wollen — damals eine „öde Heide und pure Wüste“ war, denn sonst wäre der Vorschlag von Gugenmus schiedlich unverständlich. Wenn der Limburger Hof, als er im Jahre 1898 von der „Badischen Anilin- und Sodafabrik (BASF)“ als Wohnsiedlungsgelände erworben und von Geheimrat Bosch 1914 zum Aufbau eines landwirtschaftlichen Versuchsgutes bestimmt wurde, nur noch über arme Sandböden verfügte, muß angenommen werden, daß zwischen 1771 und 1914 irgend welche falschen menschlichen Eingriffe zur Verödung des Hofes geführt haben.

Seit den Tagen des Stephan Gugenmus war aber 1914 etwas völlig Neues, Umstürzendes im Bereich der Landwirtschaft vor sich gegangen. Agrarkulturchemie und Landtechnik hatten seit Justus v. Liebig und Max Eyth ihren Siegeszug angetreten. Kunstdün-

ger und Dampfpflanz waren die Symbole dieses neuen Fortschritts. Das Brot der Menschheit wurde indirekt aus der chemischen Fabrik gezaubert. Kurz vor dem ersten Weltkrieg wurde der damals nicht verwirklichte Traum des Stephan Gugenmus realisiert: Der Limburger Hof wurde 1914 durch Geheimrat Bosch als landwirtschaftliche Versuchstation der BASF eingerichtet. Im Jahre zuvor hatte diese mit der fabrikmäßigen Herstellung stickstoffhaltiger Düngemittel nach dem Haber-Bosch-Verfahren begonnen. Der Stickstoff der Luft wurde bei hohen Temperaturen unter Druck in großtechnischen Anlagen mit Wasserstoff fortlaufend zu Ammoniak verknüpft. Eine Großtat der Chemie war damit verwirklicht, der „Griff in die Luft“ gelungen, eine unversiegbare Quelle für den Stickstoff als unentbehrlichen Nährstoff der Kulturpflanzen war der Landwirtschaft erschlossen.

Es spricht für die hohe Sorgfalt der Fabrikbetriebe der BASF, daß sie auf dem Limburger Hof mit bedeutenden finanziellen Mitteln die praktische Anwendung der künstlichen Düngung durch nunmehr bald vier Jahrzehnte hindurch erprobt haben. Neben dem Versuchsgut entstand aus bescheidenen Anfängen allmählich die landwirtschaftliche Versuchstation auf ca. 25 ha Fläche als eine in aller Welt anerkannte Forschungsstätte. Sie beschränkt sich dabei längst nicht mehr auf ihr Ausgangsgebiet, sondern widmet sich heute der Erforschung der Gesamtsammenhänge des Bodenlebens mit dem Ziel nachhaltiger, hoher Fruchtbarkeit. In diesem Zusammenhang wird auch der Frage der Unkrautbekämpfung, der Anwendung von Wuchsstoffen, des Pflanzenschutzes usw. Augenmerk geschenkt.

Das Versuchsgut befaßt sich weiter mit Saat- und Fruchtfolgeversuchen, intensivem Gemüsebau, Obstzucht, sowie Qualitätsprüfung der geernteten Produkte. Eine intensive Viehhaltung dient mit ihrem natürlichen Düngeranfall der Erforschung der Wirkungen des Stalldüngers auf das Bodenleben. Nur der organische Dünger nämlich ermöglicht dem Boden die volle Entfaltung jener ungeheuer vielfältigen Kleinlebewesen, welche die wahre Grundlage einer gleichbleibenden Bodengare und damit nachhaltiger Fruchtbarkeit ausmachen.

Wenn die künstliche Düngung maßgebend dazu beiträgt, größere Mengen hochwertiger Pflanzenmassen als Grundlage größerer Tierbestände, damit mehr Stalldünger und in der Folge mehr und bessere Nahrungsmittel zu schaffen, so leistet sie der Menschheit einen hohen Dienst. Der Erkenntnis dieser Zusammenhänge zu dienen ist Ziel der Arbeit auf dem Limburger Hof, sie mit großen Mitteln zu fördern höchst ehrenvoll für die BASF und alle ihre Männer, die an der Verwirklichung beteiligt sind. Dr. H. Reischle.

Einer Mutter letzter Ausweg - Veronal

Neun Veronaltabletten für die Kinder und zwölf für mich

Dicht gedrängt sitzen die Zuhörer im Schwurgerichtssaal zu Frankenthal. Auf der Anklagebank nimmt Toni Hüttner aus Neustadt/Weinstraße Platz. 26 Jahre und Mutter von zwei Kindern. Beschuldigt wird sie des zweifachen versuchten Totschlages. Wie kommt es zu dieser schweren Anklage gegen eine noch junge Frau, die den besten Eindruck macht und was ist geschehen?

Im Herbst 1950 hatte man der Heimatvertriebenen einen nordtüblich hergerichteten Stall zugewiesen und als sie hochschwanger war eine kleine feuchte und dunkle Wohnung. Ende 1950 kam sie ins Krankenhaus. Aber nicht etwa dort im Hospital — o nein — außerhalb dieses Hauses gebar sie ihr zweites Kind. Einige Tage vor ihrer Niederkunft hatte man sie entlassen.

Zwischen Ämtern zerrieben

Und damit begann die eigentliche Tragik ihres Daseins. Das Arbeitsamt Neustadt sperrte für sechs Wochen vor und für sechs Wochen nach der Geburt die Unterstützung. Die Wöchnerin war in dieser Zeit nicht „einsatzfähig“. Die Krankenkasse zahlte gleichfalls nicht. Der Nachweis über 300 Arbeits-

tage fehlte der Heimatvertriebenen. Also mußte das Sozialamt helfen. Mühte? Es verwies den „Fall“ an das Arbeitsamt zurück. So wurde die Frau zwischen den Ämtern hin und her gehetzt, die sich wegen der Zuständigkeit nicht einigen konnten. Geld hatte sie keins. Das primitive Gefühl für Menschlichkeit erstreckte im Aktenstapel zweier sich streitender Behörden. Von ihrem letzten Gang zum Sozialamt kam sie verzweifelt in die Wohnung zurück. Das sechsjährige Mädchen hing sich an den Rock der Mutter und bettelte um ein Stückchen trockenes Brot. „Da erkannte ich, daß ich mit meiner Mutterliebe allein die Würmdchen nicht ernähren konnte. Im Veronal sah ich die einzige Erlösung: neun Tabletten für die beiden Kinder und zwölf für mich, das würde ausreichen, den Weg ins Jenseits zu erzwingen“, erklärt sie jetzt ihre Tat vor den Geschworenen.

Nur der Paragraph herrscht

Vom Schicksal? Beinahe hätte man ja die Zeugen übersehen, die Vertreter der streitenden Ämter, die natürlich auch in die Tragödie gehören und die sich jetzt bemühen, die Richtigkeit ihrer Handlungsweise laut § X Abs. Y zu beweisen. Und die für den Geist einiger Behörden wahrhaft bezeichnende Ansicht äußert der Leiter des Neustadter Sozialamtes. Er meint, daß die Angeklagte mit der monatlichen Unterstützung von 73 DM mit ihren Kindern nicht nur leben, sondern auch noch Rücklagen hätte machen können (!)

Gottlob, das Schwurgericht unter Vorsitz von Landgerichtsdirektor Dr. Krögel ist anderer Ansicht und daher menschlich weise und gerecht. Ein seelischer Ausnahmestand habe vorgelegen, heißt es in der Urteilsbegründung. Mehr kann das Gericht nicht sagen, und was in den ihm eigenen trockenen Tönen zum Ausdruck kommt, ist ein schwerer Vorwurf gegen die Ämter, ihre Leiter und gegen die Beamten, die die Sache bearbeiteten. Menschlich ist es, die Hilfsbedürftigen nicht erst in einen Notstand zu drängen, in welchem Gift als letzter Ausweg bleibt und unmenschlich kann es sein, auf Paragraphen seine Reiterstapfen zu stellen.

Ein Lichtblick aber sei unter Beweis gestellt. Auch wenn er in der Folge wieder von einer anderen Neustadter Sozialbehörde getrübt wurde. Kaum hatte Ende Februar die Presse die Neustadter Verzweiflungstat in Form einer Meldung ohne Namensnennung verbreitet, als sich auch u. a. schon eine hilfsbereite Frau aus Oberbayern meldete und um Angabe der genauen Anschrift bat. Die Presse wandte sich an das Städtische Krankenhaus in Neustadt und — blieb bis auf den heutigen Tag ohne jede Antwort. Die Angelegenheit schien vielleicht nicht wichtig genug, um einer Rücküberlegung gewürdigt zu werden. So mußte selbst eine nachträgliche Hilfeleistung negativ bleiben.

Wir sind schon Menschen und Christen und tragen die Namen mit Stolz! Hm — ja! J.F.